

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinstellung wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röntgenstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegenheiten 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **580 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Der tote Abbe an die lebenden Unternehmer.

II.

Die Feststellung der Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung erfolgte auf Grund der Lohnstatistik von 233 Arbeiter, die mindestens 22 Jahre alt und mindestens vier Jahre im Betriebe tätig, also ordentlich eingearbeitet waren. Dabei waren die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen unverändert geblieben. Der Vergleich zeigt nun folgendes Bild:

Jahr	Gesamtzahl der Arbeiter	Gesamte Lohnsumme in Mark	Stundenlohn in Pfennig	Verhältnis
1899/1900	559 189	945 899	81,9	100:116,2
1900/1901	509 559	366 484	71,9	

Die Endzahl besagt also, daß sich der Stundenlohn im Verhältnis von 100 zu 116,2 erhöht hat; das Verhältnis von 8 zu 9 ist aber 100 zu 112,5. Wenn der Stundenlohn im Verhältnis von 100 zu 112,5 in die Höhe gegangen wäre, so hätten die Arbeiter in acht Stunden genau das verdient, wie früher in neun Stunden und auch das gemacht, da der Arbeitsverdienst zugleich das Maß der Arbeitsleistung ist, wenn die Arbeitsbedingungen unverändert geblieben sind. Wenn nun das Verhältnis nicht 100 zu 112,5, sondern 100 zu 116,2 ist, also 3,7 Prozent mehr, so ist die Arbeitsleistung um 3,7 Prozent gestiegen, das heißt, es hat sich die Tagesleistung um ein Dreißigstel der früheren Tagesleistung erhöht. Es haben also im letzten Jahre von diesen 233 Arbeitern je 30 das gemacht, was im Jahre vorher 31 gemacht haben, oder jeder hat im zweiten Jahre die Arbeit von zehn Tagen mehr gemacht. Das ist also kein ganz unbedeutender Unterschied.

Außer den 233 Arbeitern wurden noch weitere 20 in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit geprüft und da hatte sich ergeben, daß sie gar auf 100 zu 120 gestiegen war.

Nicht unwesentlich sind die Altersverhältnisse der 233 Versuch- oder Probearbeiter. Ihr Durchschnittsalter betrug 31,6 Jahre; der jüngste war 22 und der älteste 53 Jahre alt. 61 standen im Alter von über 35 Jahren, 138 im Alter von 30 bis 39 und 103 im Alter von 22 bis 30 Jahren. Die 233 Arbeiter bildeten also in dieser Beziehung eine sehr gemischte Gesellschaft, bei der auch die älteren Jahrgänge vertreten waren, unter denen mehrere waren, deren Leistungsfähigkeit für feinere Arbeiten schon etwas im Abnehmen ist. Der Erfolg trifft gleichmäßig alte und junge Leute ohne einen merkbaren Unterschied, bemerkt Abbe dazu:

Die Versucharbeiter verteilten sich auf 12 Betriebsabteilungen, so daß auch in dieser Beziehung keine Einseitigkeit obwaltete. Für jede Abteilung wird das Ergebnis angeführt, das nur in einer einzigen Abteilung mit 20 Arbeitern, der Schmelzer der maschinischen Abteilung mit seiner Handarbeit, mit 100 zu 109,4 hinter der Arbeitszeitverkürzung mit 100 zu 112,5 zurückgeblieben ist. Andererseits liegen drei Abteilungen, 19 Maschinenschleifer mit ausschließlicher Maschinenarbeit mit 100 zu 118,8, 23 Dreher und Fräser mit ebenfalls ausschließlicher Maschinenarbeit mit 100 zu 118,1 und 15 Tischler, zum Teil Hand-, zum andern Teil Maschinenarbeiter, mit 100 zu 120,3 über den Durchschnitt der Leistungsfähigkeit mit 116,2.

Die höheren Zahlen, konstatiert Abbe, treffen vorwiegend Arbeiten größerer Art, die zum Teil Maschinenarbeit sind. Im Durchschnitt liegt die geringste Zunahme bei den Feinarbeitern der Optik und Mechanik. Es handelt sich dabei um eine Ausnahme, die aber nur die Regel bestätigt.

Nach kurzer Würdigung verschiedener weiterer Umstände, wie „Zufallschwankungen“ in der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die bei der großen Zahl von 233 Vergleichspersonen so gut wie ausgeschlossen sind, Gleichmäßigkeit im Geschäftsgang und sogar der Witterungsverhältnisse, kommt Abbe dazu, zu erklären: „Es bleibt mir nichts weiter übrig als zu sagen, das, was diese Abweichung von ein Dreißigstel des Tagesertrages herbeigeführt hat, ist eben die Verkürzung der Arbeitszeit und was mit ihr kommt (im Zusammenhang steht). Ich glaube, daß wir in unserm Falle das mit Bestimmtheit sagen können, was in früheren Fällen gelegentlich (als Vermutung) ausgesprochen ist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur keine Minderung, sondern daß sie sogar eine Steigerung des Arbeitsresultates herbeiführen kann — so paradox das klingen mag.“

Durch den Vergleich des elektrischen Kraftverbrauchs aller circa 650 Werkzeugmaschinen konnte festgestellt werden, daß auch die übrige Arbeiterkraft, einschließlich der Zeitlohnarbeiter, in den acht Stunden so viel Arbeit leistete, wie vorher in neun Stunden, so daß auch in dieser Beziehung Abbe zum Schluß kommt: „Wir haben die Verkürzung der Arbeitszeit auch bei der Maschinenarbeit nicht nur ausgeglichen, sondern tatsächlich die Arbeitsleistung höher gebracht.“

Von besonderem Interesse namentlich im Hinblick auf die in der Statistik und der Statistik von den Arbeitern verlangte Über-

stundenarbeit ist die weitere Feststellung des anfänglichen Steigens und sodann des bald wieder eingetretenen Nachlassens der Arbeitsleistung. In der ersten Woche unter dem Achtstundenregime trat eine ganz plötzliche Steigerung ein, in der zweiten Woche ein starker Rückgang; in der dritten Woche gab es wieder eine „Erholung“ und in der vierten Woche ergibt sich das Mittel. „Man wird sagen“, bemerkt Abbe dazu, „neue Wesen lehren gut; aber ich habe dem hinzuzufügen, der neue Wesen hat nur in der ersten Woche gut gelehrt, in der zweiten Woche schlecht und erst in der dritten und vierten Woche, als es kein neuer Wesen mehr war, lehrte er wieder normal. Ich ziehe aus dieser Beobachtungsreihe den Schluß, daß der Abfall in der zweiten Woche die Reaktion des ungewöhnten starken Anlaufs gewesen ist, daß die Leute mit außerordentlichem Eifer versucht haben, ja keinen Arbeitsausfall eintreten zu lassen.“

Abbe befragte auch die Arbeiter direkt um ihre eigenen Erfahrungen und Beobachtungen bei der neuen Arbeitszeit. „Alle haben gesagt, nach einiger Zeit sei ihnen die Arbeit in der letzten Stunde auch nicht schwerer gefallen, nur daß sie natürlich nicht so frisch wie am Morgen seien; aber es sei immer noch erträglich. Viele sagten direkt, sie hätten gar nicht nötig gehabt, sich zusammenzunehmen, es wäre ganz von selbst gegangen. Die meisten meinten, in den ersten Tagen hätten sie sich zusammennehmen müssen, dann aber seien sie das gewohnt geworden; sie brauchten gar nicht mehr daran zu denken.“

Wesentlich in gleicher Weise äußerten sich speziell auch die befragten Arbeiter.

Lehren die Erfahrungen mit der Ueberzeitarbeit, daß die Arbeiter selbst beim besten Willen dazu und trotz des Lohnzuschlages über eine kurze Dauer hinaus nicht mehr zu leisten vermögen als bei normaler Arbeitszeit, so lehren andererseits die Erfahrungen mit der verkürzten normalen Arbeitszeit, daß „guter Wille nicht erforderlich ist, um eine Ueberleistung zu verzeichnen.“

Diese Tatsachen werden auch bestätigt durch die besonderen Erfahrungen mit dem Achtstundentag in den englischen Staatswerkstätten im Woolwicher Arsenal. „Die Leute arbeiten dort nur in Zehnstunden und die Erfahrung hat gezeigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von neun auf acht Stunden keinen Arbeitsausfall gebracht hat, sie leisten dasselbe Maß von Arbeit wie früher auch nachher.“ Und dies, trotzdem die Trade-Unions mit der Arbeitszeitverkürzung die Arbeit verfolgten, für die Arbeitslosen Platz zu schaffen, die Reservearmee zu verringern und den Unternehmer zu zwingen, für dieselbe Arbeit mehr Arbeiter einzustellen. Diese Metallarbeiter und Schiffbauer hatten nicht den Ehrgeiz, dem englischen Staate durch vermehrte Arbeit die gekürzte Stunde wieder zuzugewinnen und durch intensivere Arbeit die gleiche Arbeitsleistung während der achtstündigen wie vorher während der neunstündigen Arbeitszeit zu leisten, und dennoch ist der Fall eingetreten, daß sie, ob sie wollten oder nicht, fleißiger geworden sind.

Abbe betrachtet damit die Frage als endgültig erledigt, daß es gar keiner Motive bedarf, gar keines guten Willens, keiner Motive des Interesses, um diese Anpassung der Arbeitsgeschwindigkeit an die Arbeitszeit herbeizuführen; daß sie sich vielmehr automatisch herstellt, sogar da, wo gewissermaßen ein „böser Wille“ anzunehmen ist.

Wie diese automatische Anpassung zu erklären ist, darüber werden wir im Schlussartikel einiges sagen.

Darwin, Nietzsche und Alexander Tille.

Wie reimt sich das zusammen?

I.

Als vor kurzem der bekannte Scharfmacherföbbling, Dr. Alexander Tille, der Generalsekretär des Verbandes süddeutscher Großindustrieller, in Saarbrücken starb, verkündeten bürgerlich-liberale Zeitungen die seltsame Mär, daß er den Versuch gemacht habe, den Darwinismus und den Nietzscheanismus in die praktische Volkswirtschaft einzuführen. Auch Arbeiterblätter äußerten sich dahin, daß das Treiben und Schreiben des Verstorbenen aus dem Geiste der Darwinischen und Nietzsche'schen Lehre entsprungen sei: die Theorie vom Kampfe ums Dasein und die Lehre vom Uebermenschen habe er planmäßig auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart übertragen. Diese Auffassung von dem Verhältnis Tilles zu Darwin und Nietzsche ist so falsch wie möglich, denn es läßt sich wohl kaum eine schärfere Verzerrung der Gedankenwelt der beiden Geistesriesen denken, als sie sich in dem Wirken des Generalsekretärs aus Saarbrücken findet. Man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man sagt, daß ihm ihre Theorien ein Buch mit sieben Siegeln geblieben sind. Für diese Behauptung wollen wir den Nachweis erbringen und damit zugleich auch mancherlei Irrtümer beseitigen, unter denen Darwinismus und Nietzscheanismus in den weltlichen Kreisen zu leiden haben. Zu diesem Zwecke müssen wir zunächst die Weltanschauung Tilles betrachten — sie ist typisch für das moderne Scharfmacherium — und dann wollen wir untersuchen, wie Darwin und Nietzsche sich zu ihr stellen.

Dr. Alexander Tille, der sich mit Leib und Seele dem Kapitalismus verschrieben hatte, erblickte in dem vorstehenden Königstum von Saarbrücken seinen Vehmmeister und sein Vorbild. Mit Stumm hielt er das großindustrielle Unternehmertum für die Blüte neuzeitlicher Kultur. Der Großindustrielle, der Herrenmenschen, der wie ein Uebermensch über die Massen dahinschreitet, hat allein und unumwunden im sozialen, wirtschaftlichen und poli-

tischen Leben zu herrschen und zu bestimmen; was er anordnet, das muß unbedingt geschehen, wenn er will, so müssen seine Lohnsklaven springen. Die Arbeiter, die Herdenmenschen sind und keinen persönlichen Willen haben dürfen, müssen unweigerlich, bei Strafe wirtschaftlicher Vernichtung, gehorchen, ihre größte Tugend ist Unterordnung und Disziplin, während ihrem Herrn die Freiheit der Entschiedenheit und das Recht der Initiative vorbehalten ist. Dieses Herrtümchen der Unternehmer begründet Tille damit, daß er ihnen hohe Fähigkeiten, geradezu übermenschliche Geistes- und Willenskräfte zuschreibt, daß er aber andererseits die Tätigkeit der Arbeiter, die er verächtlich Handarbeiter nennt, im Gegensatz zu dem kapitalistischen Populärarbeiter, nach Möglichkeit herabsetzt. Auf Grund dieser geradezu wahnwitzigen Auffassung vom Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bekämpft er das demokratische Prinzip und „die sozialmoralische Gleichmacherei“. Er verneint die Gleichberechtigung der Arbeiter und Unternehmer im politischen so gut wie im wirtschaftlichen Leben, er will von einem Mitbestimmungsrecht der Unterworfenen in irgend einer Beziehung nichts wissen, er prebt mit hüben Worten die Selbstherrlichkeit der Großindustriellen und die Rechtlosigkeit des Proletariats. Darum führt er sich auch mit der Wut eines Fanatikers auf alle die Leute in beamteter Stellung, die noch so naiv sind, die theoretische Gleichberechtigung der Arbeiter in die Praxis umsetzen zu wollen, und vor allen Dingen verfolgt er mit seinem unaussprechlichen Haß die sogenannten Ratgeberjournalisten, die da meinen, der Arbeiter sei „auch ein Mensch, sozusagen“ und es gehe nicht mehr an, ihn als rechtlosen Sklaven zu betrachten und zu behandeln. Allgemein bekannt ist der erbitterte Kampf Tilles gegen alles, was auch nur von ferne nach Arbeiterfreundlichkeit roch, und die Leute aus bürgerlichen Kreisen, denen der Kapitalismus das Herz noch nicht versteinert hatte, verhöhnte er als die Genossen im Zylinder, die den Genossen in der Ballonmühle Vorparadenstoffe leisteten.

Ganz folgerichtig befreit er auch den Arbeitern das Recht, an den Unternehmer Forderungen zu stellen und diese Forderungen durch Zwangsmittel zu unterstützen. Der Brotherr hat ganz allein die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, er hat nach freiem Ermessen zu bestimmen, was er seinen Leuten geben oder verweigern will. Diese müssen mit dem aufstehen sein, was ihnen ihr Herr zuspricht, sie haben nicht etwa einen Rechtsanspruch auf irgend etwas, sondern sie sind auf das Wohlwollen ihres Herrn angewiesen. Die Arbeiter haben kein Recht, auf einen auskömmlichen Lohn und eine angemessene Arbeitszeit, sie haben auch kein Recht auf Freiheit und menschenwürdiges Dasein, sie haben überhaupt kein Recht als Menschen, denn „das ganze Geschwätz von Menschenrechten gehört in die Kammer!“ bestimmt Tille, der Scharfmacherkühl, dem jedes Verständnis für Recht und jedes Gefühl für Menschenwürde fehlt. Wie ein Patriarch soll der Großindustrielle seine Lohnsklaven lenken und leiten, wie unwillige Kinder soll er sie am Gängelbande führen. Darum weg mit dem proletarischen Selbstbewußtsein, wie es sich in den Arbeiterorganisationen äußert, und auch weg mit der organisierten Selbsthilfe, die das Wesen der Gewerkschaftsbewegung ausmacht! Die Gewerkschaften sind weiter nichts als Expressbanden, die dem Unternehmer die Pistole auf die Brust setzen und die deshalb mit Hilfe von Polizei, Staatsanwalt und Gerichten vernichtet und ausgerottet werden müssen. Sehr unlieb empfindet Tille auch das Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben, weil er hierin eine Beschränkung der Souveränität des Unternehmertums erblickt. Die ganze Sozialpolitik erscheint ihm als ein einziger ungeheurer Irrtum und er fordert deshalb eine moralisfreie Sozialpolitik — dies Wort hat er selbst geprägt —, als eine Politik, die den Stärkeren begünstigt und den Schwächeren beiseite schiebt, die alle moralischen Erwägungen als sentimentale Gefühlsduselei ausschaltet und lediglich das brutale Recht des Stärkeren walten läßt.

Es ist bezeichnend für unsere Zeit, in der der Sozialismus als Weltanschauung, allen Widerständen zum Trotz, immer mehr Wurzel faßt, daß selbst bürgerlich-liberale Zeitungen, die die Interessen des Großkapitals vertreten, den Stab über Tille brechen. Sie sprechen von seinen Ueberreibungen und von seiner Ueberhebung des Autoritätsprinzips, und die angelegene, einflussreiche Kölnische Zeitung räumt unumwunden ein, „daß Männer, wie Tille, der Industrie nicht zum Segen gereichen, weil sie es nicht verstehen, die Interessen auszugleichen und weil sie durch ihre schroffe Haltung überall auch dort Feinde erwecken lassen, wo man sich sonst wohlwollende Mitarbeiter heranziehen könnte“. Derselbe Zeitung bezeichnet ihn als eine Verkörperung dessen, was man im Volke unter dem Begriff Scharfmacherium versteht, und mit einem letzten Anflug von Ironie als einen strebsamen Synonymus, der in seine Theorien verbannt war und hartnäckig versuchte, die Männer der Industrie zu schmarotzen. Damit habe er allerdings nur wenig Glück gehabt, denn in den maßgebenden Kreisen habe man seine übertriebenen Ansichten vom Unternehmertum abgelehnt und die nationalliberale Partei habe sich von seinen „verzerrten sozialpolitischen Theorien“ öffentlich losgesagt. Das Schlussurteil lautet nämlich: „Wie sein ganzes Wirken in seinen Zielen verfehlt war und der Industrie eher zum Schaden als zum Nutzen ausschlagen mußte, so war er auch in den Mitteln, zu denen er griff, um sich und die Interessen der Industrie durchzusetzen, nicht maßhaltig. Im übrigen wäre zu wünschen, daß mit Tilles Tod auch seine Auffassung von der Rolle der Arbeiter in der Volkswirtschaft tot ist.“ Also eine glatte Abfuhr an den Tilleanismus, sozogen es wenig verschlägt, daß die eigentlichen Scharfmacherorgane vom Schlage der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung in einem schamlosen Nachrufe den toten Weltanschauungsgegnern einen Feuergeist und Willensmenschen vom reinen Wasser und einen goldbesetzten Charakter nennen.

Das interessiert uns allerdings weniger, denn für uns ist der Loh, der mit der Vergeltung eines Selbstbogens dem Kapitalismus

Verschiedenheit der Ansichten bestimmt mich, über diesen Punkt noch einiges zu sagen. Ich denke mir die Sache folgendermaßen:

Dem Vorstand des Verbandes wird durch die nächste Generalversammlung aufgetragen, solche Studienreisen zu organisieren. Ist dies geschehen, so hat er (provisorische) Pläne zu entwerfen und sich dann mit den auf der Reiseroute liegenden Metallarbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen, sie zu fragen, ob sie um die und die Zeit wünschenswert sind, die Kollegen zu empfangen und sie in Arbeiterquartieren unterzubringen. Auch sind sie um Abreisen von Fabriken zu ersuchen, bei denen Geneigtheit für die Gestaltung einer Besichtigung ihrer Betriebe zu erwarten ist. Sollten die Gewerkschaften je verlagen, so ist das Gesuch an die lokalen Gruppen der sozialistischen Partei zu richten, die in allen solchen Orten, wie sie hier in Frage kommen, existieren. Persönliche Erfahrung läßt es geraten erscheinen, nicht durch die Organisationen an Ort und Stelle, sondern direkt bei den genannten Fabriken um Erlaubnis für Besichtigung der Betriebe anzusprechen. Ist diese Vorarbeit vollendet, schreibt der Vorstand die Reise in der Metallarbeiter-Zeitung aus, nennt dabei Beginn, Dauer und annähernde Kosten der Reise — wodurch jedem Kollegen möglich wird, zu beurteilen, ob Reise, Unternehmungen und Zeitumstände die Teilnahme gestatten — und bestimmt das Datum, an dem die Bewerbungen der Teilnehmer beim Vorstand eingereicht werden müssen. Daß die Zahl nicht zu groß, höchstens zwanzig sein soll, wurde schon im vorigen Artikel gesagt. Laufen mehr Bewerbungen ein, als für den Zweck der Reise gut scheint, so werden sie behufs gleichmäßiger Verteilung nach Städten, Bezirken oder Berufen gesichtet und aus jeder Gruppe eine möglichst gleich große Zahl gezogen. Die Gezogenen werden sofort bekannt gemacht und den anderen bleibt es überlassen, sich bei der nächsten Ausschreibung wieder zu melden.

Gleich nachdem die Generalversammlung die Veranstaltung solcher Reisen beschlossen hat, sollten die Kollegen in ihrer Verwaltungsstelle einen Beschluß darüber herbeizuführen suchen, ob und mit welcher Summe jeder der vom Vorstand durch das Los erkorene Kollege zu unterstützen ist. In eine eventuelle Subvention muß die Werbung geknüpft sein, daß jeder Unterstützte das im Ausland Erforderte der Kollegenchaft durch Vorträge zugänglich zu machen hat.

Es ist selbstverständlich, daß diese Vorschläge nicht immer genau so ausgeführt werden müssen, wie sie hier gemacht werden. Sie werden den jeweiligen Verhältnissen und Erfahrungen anzupassen sein. Findet sich in einer Stadt oder in einem Beruf eine genügende Zahl Kollegen, die eine Arbeiterfahrt oder Branche im Ausland studieren wollen, so sollte und wird der Vorstand ihrem Gesuch um Organisation einer Reise stattgeben, sofern es zureichend begründet und von der betreffenden Ortsverwaltung unterstützt wird. Verlangt es zum Beispiel Solinger Kollegen danach, die Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Branchen der Metallindustrie speziell persönlich zu untersuchen, oder halten es Kollegen der Schwerindustrie im Interesse ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit gelegen, den Stand ihrer Industrie im Ausland zu erforschen, oder ist man in den Kreisen unserer Arbeitererschaft der Meinung, daß ein eingehenderes Studium der Lage ihrer Lebenskollegen im Ausland nötig ist, so sollte ihrem Wunsch willfahren werden, wenn nicht ganz triftige Gründe dagegen sprechen. Ueberhaupt scheint es mir am vorteilhaftesten, wenn der Zweck und das berufliche (oder geographische) Forschungsgebiet einer jeden Kommission von vornherein klar umgrenzt und dementsprechend die Auswahl der Teilnehmer gemacht wird.

Jede Kommission muß natürlich von einem erfahrenen und sprachkundigen Führer begleitet sein. Sollte im Ausland ein fähiger und williger Mann nicht aufzutreiben sein, dann muß sich eben mit einem geeigneten in dem zu besuchenden Land in Verbindung gesetzt werden. Unsere Partei- und Gewerkschaftspresse verfügt über einen ganzen Stab tüchtiger Leute, die durch ihren Beruf eine innige Vertrautheit mit den Verhältnissen des Landes ihrer Wahl erworben haben. Und werden durch Auflösung der Kommissionen in kleinere Gruppen noch einige Dolmetscher nötig, so wird es den Bruderorganisationen des Ortes leicht sein, sie zu finden. Kommen dann die Kollegen abends wieder zusammen, um das Gesehene zu sichten und zu notieren, so genügt der eine Führer vollständig. Uebrigens wird weniger Uebersetzung nötig sein, als man vielleicht anzunehmen geneigt ist, da ja Arbeiter in Arbeiterverhältnisse, Leute von Beruf in die Fabriken ihres Berufes kommen, die weniger Erläuterungen, wohl aber viel Gelegenheit zum Schauen brauchen.

Um zu rekapitulieren: Der Verbandsvorstand hat die Studienreisen zu organisieren, jeder daran teilnehmende Kollege hat die ganzen Kosten selbst aufzubringen, wenn die Vollkasse nicht einen Teil dazu beisteuert. Und sollten Notwendigkeit oder Verbandsinteresse es gebieten, so muß es ermöglicht werden, daß Hauptkasse und Vollkasse gemeinsam einen Zuschuß leisten.

F r i s k u m m e r.

Unterlid. Ist hier nichts, so blicke man nach unten, siehe an den Wimpern das Oberlid nach vorne, drücke mit einem Gläschen (etwa einem Zündholz) von oben darauf und klappe es dann nach oben. Dann läßt sich die Innenfläche des Oberlides überblicken, wenigstens der untere Teil. Hier findet sich oft der Körper dicht am Rande. Sieht man ihn, so wißt man ihn mit etwas Watte oder einem sauberen Tuch abzuwischen. Oder auch, man läßt das Oberlid über das Unterlid gleiten, wodurch er weggeschoben wird. Wenn man danach bei geschlossenen Lidern den Augenpfel hin und her bewegt, so wird man seinen Zweifel mehr haben, ob alles heraus ist. Dann bestehen jetzt noch reizende Schmerzen, so sitzt der Körper entweder ganz oben unter dem Oberlid, wo nur die lundige Hand des Arztes nachsuchen kann, oder er sitzt überhaupt nicht unter den Lidern, sondern ganz vorne eingeklemmt in den vorderen, durchsichtigen Teil des Auges, in die Hornhaut.

Ob er hier sitzt, kann man auch selbst leicht feststellen. Er schmerzt dann nämlich nicht, wenn man bei offenen Lidern geradeaus blickt, wohl aber, wenn die Augenlider darüber streichen. Jetzt kann nur ein kleiner, ärztlicher Eingriff den Missetäter entfernen. Zu diesem Zweck muß die Hornhaut durch Aufsträufen einer unempfindlich gemacht werden, und dann gehört ein gutes Auge, eine sichere Hand und ein klein wenig Geduld dazu, ihn mit geeigneten Instrumenten herauszuheben. Meist ist die Sache einfach, rasch und befriedigend erledigt. Niemals verführe man den Gang zum Arzt bis zum andern Tage, Gesichtsbildung mit ihren Folgezuständen könnte die Folge davon sein.

Wäre die Sache nun immer so harmlos, wie bis jetzt beschrieben, so wäre eine Schutzbrille ein überflüssiges Ding. Aber die Splitter sind nicht immer so klein, daß sie nur auf den Augenpfel liegen, sondern sie können ihn durchdringen und bössartige Verletzungen verursachen; sie sind auch nicht immer so rein, daß die kleine Wunde glatt heilt, sondern sie kann eitern. Daher hat jeder, der sich sein Leben lang mit seinem Augensicht in dieser Gefahr befindet, alle Ursache, sich der Schutzbrillen gewissenhaft zu bedienen. Sind sie auch lästig zu tragen, so muß man sich, im Hinblick auf ihre Nützlichkeit, an ihren Gebrauch gewöhnen. man könnte sonst eines Tages schlimm für seinen Verstand bestraft werden. In manchen Betrieben ist daher der Gebrauch der Schutzbrillen direkt von der Gewerbeinspektion vorgeschrieben.

Dr. med. Frand.

Die Arbeitsklaverei in der Grobisenindustrie.

Niede des Reichstagsabgeordneten Karl Spiegel in der Reichstags-Sitzung vom 25. Januar 1913.

Meine Herren, bei dem Titel „Kaiserliches Statistisches Amt“ muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen der Herren von der Grobisenindustrie wenden, wenn sie verlangen, daß die Sonntagsarbeit nicht mehr statistisch zu der Ueberstundenarbeitszeit zugezählt werden soll. Auch Herr Meyer (Celle) hat ja seine Rede am vorigen Freitag in die Forderung ausklingen lassen, daß Veränderungen in Bezug auf Bundesratsverordnungen nicht vorgenommen werden sollten, ehe eingehende Statistiken über die Zustände in der Schwerkmetallindustrie erhoben werden. Ich möchte demgegenüber betonen, daß bereits genügende Erhebungen stattgefunden haben, und daß die Regierung etwas schneller mit Schutzbestimmungen für die Arbeiter in der Schwerkmetallindustrie vorwärts machen sollte. Die Herren von der Grobisenindustrie sind sehr bescheiden. Sie wünschen, daß die übergroße Anzahl von Ueberstunden, die auf den Sonntag entfallen, nicht mehr als Ueberstunden eingetragen werden sollen. Sie betonen dabei sogar, daß eine ganze Reihe von Ueberstunden freiwillig gemacht würden, zu denen sich die Arbeiter sozialer herabdrängen. Ich verweise darauf, daß seinerzeit, als der Antrag hier angenommen war, daß auf dem Wege von Bundesratsverordnungen Bestimmungen erlassen werden sollten, sofort Herr Bued in seinen Kreisen dafür arbeitete, daß ebenfalls Material gesammelt werden solle, um in geeigneter Weise den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen entgegenzutreten zu können, wenn sie einen weiteren Schutz verlangten. Auch die obersteinsten Eisen- und Stahlfabrikanten haben sich in Gleiße im November vorigen Jahres eingehend mit dieser Frage befaßt, und es war der Herr Generaldirektor Niet, der die Bundesratsverordnung geschmackvoll als Waisenverordnung bezeichnete. Ebenso hat auch der Verein der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen sich mit dieser Frage befaßt, um uns entgegenzuwirken. Auch in der Zeitung der Arbeitgeber „Stahl und Eisen“ sowie in zwei Denkschriften haben die Herren Grobisenindustriellen Material zusammengetragen. Herr Bued sagte nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ am 2. Dezember 1912 in der Hauptversammlung der Eisen- und Stahlindustriellen folgendes:

Ich bin in der erfreulichen Lage, mitteilen zu können, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe mit gegenüber Mithilfe bei einer privaten Besprechung geäußert hat, daß dieser Uebelstand behoben werden soll. Die Sonntagsarbeit soll nicht mehr als Ueberstundenarbeit angerechnet werden.

Ich möchte dabei betonen, daß ja die Herren der Schwerkmetallindustrie sehr gute Verbindungen nach der Regierung hin haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir finden in den Alltagsverhältnissen der Grobisenindustrie eine Anzahl Herren, die früher als Regierungsvertreter oder sonst in der Regierung gearbeitet haben. Die Schwerkmetallindustriellen, überhaupt die Alltagsverhältnisse nehmen sehr gerne solche Herren in ihre Dienste, weil sie dann eine sehr gute Verbindung nach der Regierung aufrecht erhalten.

Sollte das zutreffen, daß der Herr Handelsminister dem Herrn Bued im Gespräch mitgeteilt hat, daß in Zukunft die Sonntagsarbeit nicht mehr als Ueberstunden angerechnet werden soll, so ist das eine Ungerechtigkeit sondergleichen. Ich möchte gerade das Kaiserliche Statistische Amt und auch die Regierung auf das Gefährliche hinweisen, daß den Unternehmern nach dieser Richtung mehr Spielraum eingeräumt wird. Mit allen verfügbaren Mitteln werden die Arbeiter zur Sonntagsüberarbeit herangezogen, und wer öfters in den Kreisen der Arbeiter der schweren Eisenindustrie verkehrt, wird wissen, welche Meinung sich gerade diesen Arbeitern aufgedrängt hat. Die Arbeiter werden einfach dazu gezwungen. Wer Sonntags nicht zur Schicht erscheint, wird bestraft oder strafverurteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Er wird dadurch sehr gezwungen. Gerade die Strafverurteilung treibt die Arbeiter manchmal dazu, ihre Stellung zu wechseln. Die Herren der Grobisenindustrie haben daher auch keine Veranlassung, über den großen Wechsel der Arbeitskräfte in diesen Betrieben zu jammern.

Ich will einmal an einigen Beispielen zeigen, daß auch die Regierungsvertreter respektive die Gewerkschaften und Ausschüsse nicht genau über die Dinge unterrichtet werden. So zum Beispiel hat man auf der Güte Note Erde in Nachen seit Ende November vergangenen Jahres an vier Sonntagen für 600 Arbeiter die Genehmigung zur Sonntagsarbeit eingeholt. Man hat aber 1200 bis 1300 Arbeiter jeden Sonntag die Schicht hindurch arbeiten lassen. Bei der Gewerbeinspektion, bei der man im Auftrag der Arbeiter vorstellig wurde, da die Arbeiter sich dagegen wanderten, so angeklagt zu werden, wurde erklärt, die Firma sei gezwungen, das zu machen, weil sich der Wagenmangel auch bei jener Firma bemerkbar gemacht hätte. Ja, in einem Betrieb der Abteilung geht man sogar so sehr gegen Arbeiter vor, daß man ihnen Prügel androht, wenn sie nicht länger arbeiten wollen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So erklärte zum Beispiel der Meister Witte den Arbeitern am Sonntag morgen: Wenn ich bis 8 Uhr Mitternacht habe, so wird auch bis 3 Uhr gehalten; wenn die Arbeiter einmal Oefen sind, sollen sie auch als Oefen behandelt werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es macht sich hier ein ganz ungehöriger Ton gegenüber den Arbeitern bemerkbar, wenn sie sich mit Entschiedenheit dagegen wehren, Sonntags zu arbeiten und überzuarbeiten.

Auf der Bismarckhütte, nabilojes Rohrnalzwert, müssen die Reparaturschlosser von Samstag 6 Uhr bis zum Montag früh 6 Uhr den ganzen Sonntag durch arbeiten. Auf der Marthahütte — dort ist der Generaldirektor, der Bergat Williger, jener Herr, der seinerzeit durch die Ministerpräsidentenkonferenz bekannt wurde, von dem das Wort stammt: man muß den Ministern das Stützrad fassen, man muß ihnen zu verstehen geben, daß auch wir unser Standpunkt einhalten — werden die jugendlichen Arbeiter unter festem Joch, wenn sie Sonntags morgens von der Nachtisch kommen, noch in die Kühlwasserabzugsstände hineingeworfen, weil diese meist verrostet sind, und wenn sie sich weigern, wird ihnen einfach mit Prügelein gedroht.

Daß sich die Arbeiter in der schweren Eisenindustrie nicht so sehr nach der Sonntagsarbeit drängen, beweist eine Originalstatistik, die mir zur Verfügung gestellt wurde. Von den Hüttenwerken der Laurahütte wurden im September allein 40 Arbeiter — es war die zweite Schicht — mit Strafen von 1,50 M., 6, 7, ja selbst 10 M. wegen unentschuldigtem Ausbleiben von den Schichten bestraft, im ganzen — der Monat war noch nicht vollständig zu Ende — waren es 135,50 M. Außerdem werden nach Arbeiter, wenn sie von der Schicht wegbrechen, dadurch bestraft, daß sie drei Schichten aussetzen müssen, und wahrscheinlich werden auch die Herren Industriellen bei ihrer Statistik, die sie als Material gegen uns anführen, derartige Schichten als Minderarbeit mit eingerechnet haben. Vitte! ein Arbeiter um Urlaub, so wird er abgewiesen, während am Sonntag die Arbeiter nur zwei bis drei Schichten am Ofenausladen arbeiten müssen, ohne dafür entschädigt zu werden. Auf der Georg-Marien-Hütte haben die Arbeiter in den meisten Fällen keinen Sonntag frei; wer fehlt, wird bestraft oder strafverurteilt. Entschuldigungen gibt es selbst bei Konfirmations- oder sonstigen Familienfesten nicht. Die Sonntagsarbeit wird dort auch ohne Genehmigung der Behörde willkürlich festgesetzt. Ich möchte betonen, daß als unsere Organisationsvertreter dort bei der Gewerbeinspektion vorstellig geworden sind, diese selbst zugab, davon keine Ahnung zu haben, daß an den Sonntagen in den Martinwerken vollst. gearbeitet wurde und auch die Genehmigung nicht erteilt war. Ich habe hier einen Originalantrag der Georg-Marien-Hütte vom 6. Juni 1912. Die Bekanntmachung sagt:

Mit Rücksicht auf den heutigen Feiertag und den anstehenden der Kassen zur am 26. bis 31. dieses Monats bevorstehenden Still-

stand wird am Sonntag, dem 9., und Sonntag, dem 16. dieses Monats, von 6 Uhr abends an gearbeitet.
G.-M.-H. v. 6. Juni 1912.

Der Betriebsführer: Mademacher.

Auch hier wußte die Gewerbeinspektion nichts davon. Auch büßten die Aufmachungen, die in den Gewerbeinspektionsberichten über die Sonntagsarbeit enthalten sind, noch nicht einmal zutreffen. Wenn Herr Generaldirektor Niet bei der Beratung der obersteinsten Eisen- und Stahlfabrikanten erklärte, daß die Feststellung in der Enquete des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von Unrichtigkeiten wimmle, so trifft das zu; aber diese Unrichtigkeiten schäliern die Dinge nicht so schlimm, wie sie in Wirklichkeit waren. Mit selbst wären bei unserer Zusammenstellung des Materials sehr vorstellig und haben selbst einen Teil desselben, der nicht ganz einwandfrei erschien, nicht bezweifelt. Wir dürften wohl eher behaupten, daß die Statistik der Herren von der Grobisenindustrie nicht stimmt. Die dieses Material zusammengetragen wird, haben wir bei dem Inkrafttreten der Bundesratsverordnung erfahren können. Auf dem Stahlwerk Hoechst hat ein Betriebsleiter — der Name ist mir entfallen — ausgerechnet, daß allein in den unmittelbaren Häufen, die bei der Beschickung der Defen eintreten, die Arbeiter pro Tag über 7½ Stunden Pause gehabt hätten. Wenn die Arbeiter draußen solche Behauptungen hören, so wird sicherlich ein höhnisches Lachen durch ihre Reihen gehen. Ebenso werden die Arbeiter nur mitleidig lächeln können, wenn sie hören, daß der Herr Abgeordnete Meyer (Celle) behauptet hat, daß die Arbeitszeit eine bedeutend längere sei, als man vielleicht nach außen hin annimmt. Der Herr sagte, daß zum Beispiel in den Hochöfenbetrieben 6 bis 7 Stunden Pause sei, in den Thomashöfen 8 bis 9 Stunden, in den Martinhöfen 6 bis 7 Stunden und in den Walzwerken 7 bis 8 Stunden. Das trifft nicht zu. Wir haben auch genaues Material gesammelt, und man wird nicht so leicht in der Lage sein, daselbe zu entkräften.

Auf der Georg-Marien-Hütte erschienen an einem Sonntag die Walzwerker nicht zur Arbeit, weil ihnen durch unsere Organisation mitgeteilt worden war, daß die Arbeit nicht genehmigt war. Die Arbeiter wurden aber einfach mit einer halben Schicht bestraft. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte, der Firma Krupp gehörig, wurde im November und Dezember 1912 angekündigt, daß an zwei Sonntagen der Betrieb im Walzwerk abends 6 Uhr beginne, und an zwei anderen Sonntagen nachts um 12 Uhr. Diesen Beginn um 12 Uhr nachts hatte man gewährt, um auch noch den prozentualen Zuschlag für die Sonntagsarbeit zu sparen. Eine ganze Anzahl Arbeiter wurden damals bestraft, weil sie nicht pünktlich 12 Uhr nachts zur Arbeit erschienen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Originalstatistik, die ich hier habe, wurden 82 Arbeiter mit 1 M. bestraft, und 14 Tage später wurden 60 Arbeiter mit einer halben Schicht bestraft, weil sie nicht pünktlich 12 Uhr nachts erschienen waren. Auf der Hütte Rhönig in Saar wird auch jeden Sonntag bis Mittag gearbeitet. Noch in den Weihnachtstagen habe ich mit verschiedenen Arbeitern der Schwerkmetallindustrie gesprochen, die sich bitter darüber beklagten, daß ihnen von der Regierung nicht mehr Schutz zuteil würde.

Daß die Unternehmer mit Denkschriften gegen uns arbeiten, ist ja leicht begreiflich. Die Herren wollten eben die Arbeitskraft der Arbeiter auch des Sonntags für sich in Anspruch nehmen. Es ist nun interessant, mit welchen Argumenten die Herren ihr Antun begründen. Nach einer Enquete, die von den Eisen- und Stahlindustriellen von 24 Werken der Schwerkmetallindustrie aufgenommen worden ist, sollen im Jahre 1911 insgesamt 3 413 165 Ueberstunden in den Werken geleistet worden sein (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); diesen Ueberstunden hätten aber 2 861 595 Stunden Minderarbeit gegenübergestanden, das wären also 83,4 Prozent, die von der Ueberarbeitszeit abgezogen werden müßten. Diese Minderarbeit soll herbeigeführt worden sein: erstens durch mutwilliges Feiern, wie sogenanntes Blumachen, Firmensball und dergleichen, sodann durch sonstiges freiwilliges Feiern infolge von Familienangelegenheiten, wie Konfirmation, Kindtaufe, dann drittens durch unfreiwilliges Feiern infolge von Betriebsstörungen, Materialmangel, Maßnahmen zur Innehaltung der gesetzlichen achtstündigen Ruhepause, dann viertens durch Urlaub. Gewiß sollten wir ganz genau, daß in den Betrieben der Schwerkmetallindustrie noch nicht eine so geschulte und gebildete Arbeiterchaft vorhanden ist wie in der Fertigungsindustrie, daß also die Arbeiterbewegung in der Schwerkmetallindustrie noch nicht einen so erheblichen Einfluß hat ausüben können wie in anderen Industriezweigen. Wir würden das Blumachen nicht. Selbst eine Arbeitgeberorganisation hat uns ja seinerzeit das Zeugnis ausgestellt, daß infolge der Arbeiterbewegung das frühere Trinken und Blumachen bereits vollständig aufgehört hätte. (Lache des Präsidenten.)

Vizepräsident P a s c h e: Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, ich habe bei eifrigem Zuhören seit langem kein Wort von dem Kaiserlichen Amt oder von dem Wunsch nach einer Statistik hören können, das auch nur in einem losen Zusammenhang mit diesem Statistal stünde. Ich möchte Sie bitten, diese Besprechung der Arbeitsverhältnisse nicht so weit auszuheizen; wir stehen jetzt bei der Beratung des Stats für das Statistische Amt.

S p i e g e l, Abgeordneter: Ich werde Ihrem Wunsch folgen. Ich möchte mich gerade bei diesem Titel, weil mir das sonst nicht möglich ist, gegen das Verlangen der Herren aus der Grobisenindustrie wenden, daß, ehe durch eine Bundesratsverordnung Verbesserungen eingeführt würden, noch weitere statistische Erhebungen vorgenommen werden sollten. (Bravo! und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich werde mich aber ganz kurz fassen. Ich werde den Beweis erbringen, daß die Argumente, die die Herren ins Feld führen, nicht zutreffend sind. Wenn man die Arbeiter zum Beispiel mehr zur Arbeit heranziehen und mehr zur Pflichterfüllung heranziehen will, so darf man nicht so vorgehen wie die Vertreter der Grobindustrie, daß man brutal, mit Grobheiten, unter Umständen mit Prügelein den Arbeitern entgegentritt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es würde zu weit führen, dies alles anzuführen.

Was das unfreiwillige Feiern anlangt, so ist man in keinem anderen Beruf, abgesehen von der Grobindustrie, dazu übergegangen, die Zeit, die die Arbeiter infolge von Betriebsstörungen feiern mußten, an den Ueberstunden abzugleichen. Urlaub gibt es in den meisten Hüttenwerken überhaupt nicht. Selbst bei Sonntagsarbeit gibt es keinen Urlaub; es wird auf den Anschlägen direkt bekannt gegeben, daß keiner um Urlaub anfragen soll.

Nun möchte ich das Kaiserliche Statistische Amt ersuchen, wenn man wirklich glaubt, ohne eine Enquete über weitere Feststellungen der Sonntagsarbeit nicht auskommen zu können, daß man dann aber auch den Beirat für Arbeiterstatistik, sowie die gewerkschaftlichen Organisationen mit zu dieser Arbeit heranzieht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß ja nun ganz genau, daß die Herren der Grobindustrie es stütze ablehnen, sich an statistischen Arbeiten zu beteiligen, wenn gleichzeitig Arbeiterorganisationen mit hinzugezogen werden. Ich verweise abermals auf die Konferenzen, die seinerzeit wegen der Sicherheitsmänner hier in Berlin stattgefunden hat. Ich verweise darauf, welche Stellung da die Herren von der Grobindustrie einnahmen, und wie sie es mit Entfaltung von sich wiesen, daß ihnen zugemutet wurde, mit Sozialdemokraten die Fäße unter einen Tisch zu stellen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie Herr Dr. Volk damals erklärte, wenn Sie zum Minister gehen, reden Sie nicht über bergbauliche Verhältnisse, sondern schenken Sie ordentlich den roten Pappen! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die Statistik, die von den Industriellen von den 24 Werken der Grobisenindustrie gemacht worden ist, zwingt uns, zu verlangen, daß zu den Arbeiten die Gewerkschaften hinzugezogen werden. Die G e o r g M a r i e n, die für die Grobindustrie in Frage kommenden Verbände haben jederzeit bereitwillig ihre Mitarbeit zugesagt. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir es für völlig verkehrt halten, wenn zu den Vorbesprechungen und zur Vornahme von Enqueten die Vertreter aus der Arbeiterchaft

die Warnung an alle Kollegen ergeben zu lassen: Darmstadt unter allen Umständen zu meiden. Die Zustände sind hier recht traurig und absolut nicht dazu angetan, Kollegen hier festzuhalten.

Gravure und Ziselure.

Döbeln. Bei der Firma Robert L. Müller herrscht der militärische Drill. Fünf Minuten vor Beginn der Arbeit muß alles an die Plätze sein. Wer später kommt, bezahlt Strafe. Unter dem Graveurmeister zeichnet sich besonders der aus Berlin verschriebene Herr Braun aus. Werkstattverfassungen, die Braun dem Unternehmer vorher anzeigt, gehen stürmische Zusammenstöße mit dem Unternehmer voraus. Die Gravure werden da ermahnt, ihre Wünsche doch gleich dem Chef zu unterbreiten und nicht erst zu dem hergelaufenen Kerl auf die Kuchenterrasse zu gehen. Wendet sich aber ein Kollege an den Chef, dann kommt er gar nicht zu Worte und es wird ihm zu verstehen gegeben, daß man es lieber sehen würde, wenn er den Betrieb verläßt. An diesen Zuständen trägt genannter Herr Braun Schuld. Beim Königsbesuch wurde der Betrieb zwei Stunden stillgelegt. Erst als ein Artikel in der Chemiker Wochenschrift erschien, in dem kritisiert wurde, daß die Firma wohl 25 Tausend Mark für ein Kettensystem König Georgs übrig habe, aber die zwei Stunden unfreiwilligen Feiern nicht bezahlen wollte, wurde die Bezahlung nachgeholt und die Unterlassung auf ein Versehen der Beamten zurückgeführt. Herr Braun müßte noch empfehlen, dafür zu sorgen, daß Gravure nicht mitunter stundenlang auf Arbeit warten müssen. Für seine „Freunde“ ist Herr Braun sehr besorgt. Diesen wird rechtzeitig ein Wind gegeben, wenn der Chef in Sicht kommt. Es würde gar nichts schaden, wenn Herr Müller einmal seine Gravure anhören würde, jedenfalls würde er dann verschiedene Dinge bald beseitigen.

Hüttenarbeiter.

Aus Lothringen und Luxemburg. Die wirtschaftliche Entwicklung von Lothringen und Luxemburg hat im vergangenen Jahre eine weitere Steigerung erfahren. Es sind zwei weitere große Werke errichtet worden, das Stahlwerk Thionville in Sargéville und die Adolphe-Grüthe-Hütte in Esch. Wenn diese zwei Werke auch noch nicht vollständig fertig sind, so sind aber doch schon bereits Tausende neuer Arbeiter im hiesigen Industriegebiet beschäftigt. Ein neues Werk der Gutehoffnungshütte in Monhofen bei Diedenhofen soll ebenfalls in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Diedenhofen wird sich infolge seiner sehr günstigen geographischen Lage und seinen direkten Bahnverbindungen wohl im Laufe der nächsten Jahrzehnte zur Industriemetropole Lothringens entwickeln. Die wirtschaftliche Entwicklung wird dahin gehen, daß im Laufe der nächsten Jahre zu der Schwerindustrie in diesem Bezirk auch die gemischte Industrie hinzukommen wird, wofür schon viele Anzeichen vorhanden sind. Das hiesige Rüstwerk (Eisenkonstruktionen und Brückenbau) ist in den Besitz der beteiligten amerikanischen und belgischen Schweiß- und Schmiedewerke, Aktiengesellschaft, übergegangen und es soll im Laufe des Jahres bedeutend vergrößert werden. Auch soll der Hauptort von Lothringen nach hier verlegt werden. Der Verkehrsverein Diedenhofen gibt sich alle Mühe, unter Anpreisung der günstigen Gegendverhältnisse Möglichkeiten für Industrie und sonstige Zwecke neue Industrien heranzuziehen. Dazu kommt, daß die Wasseranbahnung — gegen die sich der preussische Staat und mit ihm die rheinischen Großindustriellen wehren — doch nur noch eine Frage der Zeit ist, da bei der Elsaß-Lothringischen Regierung heute schon die Genehmigung vorhanden ist, die Mosel von Weiskirchen bis Diedenhofen kanalisieren zu lassen. Bis Weiskirchen ist sie bereits früher von Frankreich kanalisiert worden. Die Bedenken gegen die Kanalisierung der Mosel werden sich vermindern, wenn die rheinische Industrie (wie heute bereits zu sehen) sich hier immer mehr ansiedelt. Lothringen würde von einer Wasseranbahnung sehr viel profitieren; auch interessiert sich Luxemburg sehr dafür. Wie Lothringen geht auch Luxemburg einer größeren Industrieentwicklung entgegen. Für Luxemburg wird zweifellos die Eisen- und Stahlindustrie die Industriezentrale werden. Dort ist bereits vorhanden die Aachen-Hütte, die neu errichtete Adolphe-Grüthe-Hütte, ferner die heute zum Hüttenkonglomerat gehörenden Werke von A. A. A. (A. A. A.), die ebenfalls ein großes Stahl- und Walzwerk errichten. Auch die Deutsch-Luxemburger Bergwerk- und Hüttenaktiengesellschaft plant zwischen Aachen und Mülheim (Luxemburg) die Errichtung eines neuen Werkes. Veranlassung zu diesen Neugründungen sind die Erzgrubentümer, die in Lothringen, Luxemburg und in Frankreich-Lothringen vorhanden sind und die billigen Transportkosten, da die genannten Gebiete nur durch die Grenzpfähle getrennt werden. Lothringen und Luxemburg sind also wahre Idealgebiete für unsere preussisch-deutschen Großindustriellen. Die Adolphe-Grüthe-Hütte sollte ja ursprünglich in die Nähe von Deutsch-Weiskirchen (Lothringen) kommen. Da man aber von Esch aus günstigere Bedingungen stellte und auch sonst günstigere Verhältnisse hatte, ging man aus lauter Patriotismus ins Ausland, um so die „nationale Arbeit“ zu fördern. — Die Entwicklung der Schwerindustrie war in den letzten Jahren eine gewaltige. Die Roheisenproduktion betrug im Jahre 1909: 12 917 653 Tonnen, 1910: 14 793 325 Tonnen, 1911: 15 557 030 Tonnen und 1912: 17 852 571 Tonnen. Das Jahr 1912 war aber auch für die Hüttenindustrie ein sehr gutes zu nennen. Ungeheure Gewinne und Ueberflüsse konnten die einzelnen Werke — dank der Interessenslosigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Arbeiter — machen. Es bezeugen die noch gewonnenen nachbenannten Werke:

Werte	1911/12	1910/11	1907/08
Phönix	37 234 996	38 576 397	26 355 486
Gutehoffnungshütte	16 137 087	12 879 369	11 313 047
Rombacherhütte	12 077 350	11 249 915	5 843 205
Deutsch-Luxemburg	21 661 037	19 404 811	12 157 615
Almeh-Friede	12 290 590	9 102 109	6 693 467

Der Reingewinn des Lothringischen Hüttenvereins Almkühn-Friede stieg von 6 822 540 M. im Vorjahr auf 9 834 353 M. im Jahre 1912. Also in einem Jahre über 3 Millionen Reingewinn mehr herausgemacht! — Das nennt man ein Geschäft! Die Rombacher Hüttenwerke konnten ebenfalls berichten, daß das Ergebniss das des Vorjahres um eine Million Mark übersteigt. Ein weiterer Goldstrom hat sich also auf die „notleidenden“ Aktionäre niedergelassen. Als im Elsaß-Lothringischen Landtag die Frage einer Bergwerksteuer ins Auge gefaßt wurde, wehrten sich die Herren Großmagnaten mit Händen und Füßen dagegen. Durch den Sekretär des von den Kapitalisten unterstützten und von ihnen indirekt ins Leben gerufenen „Wirtschafts-friedlichen nationalen“ Vereins ließ man „Protest“-Versammlungen einberufen und die Arbeiter zu der geplanten Steuer Stellung nehmen. „Protest“-Resolutionen wurden gefaßt und an die Regierung eingereicht, weil durch die geplante Steuer das Einkommen der — Arbeiter geschmälert würde. Ein kräftiger Wind mit dem Zaunpfahl! Also diese Werke, die Millionen Gewinne einheimen, würden den Anteil der Steuer ohne weiteres vom Lohn abziehen! Wo bleibt denn da der so viel gerühmte Patriotismus, wo denn das „Schmerz-lein“, das alle guten Patrioten — und das wollen doch diese Herren sein — auf dem Altar des Vaterlandes opfern sollen? Die Regierung soll sich nur durch den „Protest“-Wind nicht einschüchtern lassen, denn er war wirklich „zu stark“. Trotz ungeheurer Reklame fanden sich in Rombach, wo auch eine solche „Protest“-Versammlung stattfand, ganze — 12 Mann ein und davon waren zwei Drittel Neugierige, die sich den „großen Protest“ mal ansehen wollten. Den Arbeitern, die man damit überwinden will, daß durch die Steuer der Verdienst geringer würde, können wir nur den Rat geben: Organisiert Euch, ehe es zu spät ist! — Aus den obigen Zahlen ist zu ersehen, daß der Gewinn der Kapitalisten ein wahrer

Goldstrom war. Wie sieht aber das Ergebnis für die Arbeiter aus? Wie sind heute die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Hüttenwerken beschaffen? Haben die Arbeiter ebenfalls etwas von den steigenden Gewinnen profitiert? Die letzte Frage muß direkt verneint werden. Die Lohnsteigerungen, sondern trotz der immer höher steigenden Lebensmittelpreise wurden von den einzelnen Werken Abzüge gemeldet. Die Arbeitsverhältnisse sind auf keinem der Werke geregelt. Schändliche Behandlung durch Meister und andere Vorgesetzte, hohe Strafen, überlange Arbeitszeit — das sind die Ergebnisse für die Arbeiter. Auf dem Stahlwerk Thionville — Thionville wurde ja kürzlich vom Pappe zum Ritter ernannt — spottet die Behandlung der Arbeiter jeder Beschreibung. Mit den sonst im Bezirk zu findenden Firmennamen sind die Meister noch nicht zufrieden, worin sie: Ich trete dich in den Bauch u. s. w. sind keine Seltenheit. Ja der Meister Stenz soll sogar einem Arbeiter, der sich seine Grobheiten nicht bieten ließ, mit dem Revolver gedroht haben. Das neueste aber ist, daß man in diesem Betriebe eine wirkliche Arrestzelle eingerichtet hat, in die man „unbotmäßige“ Arbeiter sperrt. Allen gegebenen „Weselen“ ist auf diesem Werke unbedingt Folge zu leisten, und die Hüttenpolizei nicht ausreicht, stand auch die heilige Germandad bei einer der letzten „Vorwurfsverhandlungen“ mit vorgeschalteten Revolver da. In der kurzen Zeit, wo das Werk besteht, hat es schon den Rekord an Unfällen erreicht. Und so ähnlich, etwas mehr oder weniger schlimm, sieht es fast auf allen Werken aus. Tausende von Mark werden den Hüttenarbeitern jährlich vom Lohne abgezogen. Die Kontraktbrüche spielen eine sehr große Rolle. Mancher Arbeiter läßt lieber 18 M. oder auch einen ganzen Wochenlohn im Stich, um nur recht bald wieder aus diesen „Paradiesen“ verschwinden zu können. Durch die „Wohlfahrtsvereine“ sucht man die Arbeiter zu locken; diese werden errichtet, um die Arbeiter an die Betriebe zu fesseln und ihnen jede freie Meinung zu unterbinden. Die heutigen Hüttenwerke haben einen großen Einfluß, ganze Gemeinden stehen unter ihrer Kuratel, da ja bei manchen der Hüttenbetriebe zu gleicher Zeit auch Bürgermeister ist. Auch bei der Adolphe-Grüthe-Hütte in Esch sind miserable Verhältnisse. Lohnreduktionen sind dort an der Tagesordnung. Die Behandlung ist ebenfalls die auf allen übrigen Werken üblich schlechte. So wurde man alle Werke durchgehen — überall das gleiche Bild: „Wohlfahrtsvereine“, „Versorgungskassen“ und „Wohlfahrtsvereine“ — das sind die Mittel zum Zweck. Der Werkverein „Carls-Hütte“ feierte vor kurzem auch Kaiser's Geburtstag, bestehend aus obligatem Festessen, Festreden und Kuratzen. Wie mag das manchen Auge der Hüttenproleten gegolten haben, wie manchem Magen mag es wohlgetan haben, daß ihm wenigstens einmal genügend Nahrung zugeflossen ist. Aber nicht nur einmal wollen wir uns satt essen, sondern jeden Tag. Nicht Hunger wollen wir leiden, während auf der anderen Seite Millionen verbrannt werden. Nicht Sklaven wollen wir sein, die den „Weselen“ zu gehören haben, sondern Arbeiter, die ein Mitbestimmungsrecht über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. Wenn das die Hüttenarbeiter wollen, dann ist für sie in den gelben Werksberatern kein Platz, denn niemals werden und können diese von Unternehmern unterstützten Organisationen die Interessen der Arbeiter vertreten. Wenn die Hüttenarbeiter eine Verbesserung ihrer erbärmlichen Verhältnisse wollen, dann müssen sie eintreten in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Metallarbeiter.

Düsseldorf. Die Arbeiter der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik A. G. (Erhardt) sind in eine Bewegung zur Verklärung und Regelung der Arbeitszeit eingetreten. Während in den übrigen Düsseldorf-Werken der Maschinenindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten ist, wurde diese in genanntem Werke, und zwar im Hauptbetrieb in Dorenberg, verweigert. Die Nachschicht arbeitet seit etwa zwei Jahren 65 Stunden die Woche, davon an den ersten fünf Wochentagen elf Stunden und an den Samstagen zehn Stunden. Bereits im Herbst vorigen Jahres verhandelte der Krankenkassenrat mit der Direktion, um für die Nachschicht eine Regelung zu erreichen, daß diese am Samstag abends um 12 Uhr Feierabend mache, also ebenfalls, wie die Tagsschicht, 60 Stunden arbeite. Die Direktion lehnte das ab. Die Arbeiter beschloßen deshalb, jetzt der Direktion bestimmte Forderungen zu unterbreiten und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden zu verlangen, außerdem eine Verbesserbezahlung der Ueberstunden in Höhe von 25 Prozent. Die Direktion erklärte nun dem Krankenkassenrat, daß, durch zwei Kollegen verfaßt, die Verhandlungen führen sollte, sie verhandelt überhaupt nicht. Herr Generaldirektor Müller erklärte sich nur bereit, mit einem Kommissionsmitglied eine unverbindliche Aussprache zu pflegen. Bei dieser Aussprache erklärte der Herr Direktor, daß er für seine Person gegen eine Verbesserbezahlung der Ueberstunden nichts einzuwenden habe. Näheres darüber würde noch bekannt gemacht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit könne nicht in Frage kommen, denn das Werk sei keine Maschinenfabrik, wenn es auch diesen Namen habe, sondern ein Hüttenwerk. Diese Argumentation stimmt aber absolut nicht. Im Dorenberger Werk, das nur in Frage kommt, arbeiten 3300 Personen. Davon sind etwa 200 Walzwerksarbeiter. Alle übrigen sind in der Schmied- und Gießerei beschäftigt. In erster Linie kommen Dreher, Schlosser, Fräser u. d. in Betracht, die alles andere, nur keine Hüttenarbeiter sind. Als auch in Bezug auf die Verbesserbezahlung der Ueberstunden eine nähere Erklärung nicht erfolgte, wurde in drei überfüllten Betriebsversammlungen beschlossen, über das Werk die Streik zu verhängen. Außerdem sollen die Ueberstunden verweigert werden. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiter gezwungen sind, der Firma jetzt diese Schwierigkeiten zu machen, denn diese hat außerordentlich hohe Bestellungen, hauptsächlich für die Wasseranlagen. Sie ist nicht in der Lage, diese Bestellungen in den eigenen Betrieben auch nur annähernd zu bewältigen, sie hat deshalb große Posten Arbeit an andere Firmen vergeben. Außer einer Zahl von Düsseldorf-Betrieben kommen dabei noch 18 auswärtige Firmen in Betracht. Wer mit diesen Werken hat die „Rheinische“ ebenfalls große Schwierigkeiten, weil sie nicht genügend liefern können. Die Lieferfristen rücken in bedrohliche Nähe. Ein größerer Neubau ist bald fertig und es sollen dafür die Einrichtungen schon erfolgen. Statt sich in einer solchen Situation mit den Arbeitern zu verständigen, will man diese brüht ab und will nicht einmal verhandeln. Dieses Verhalten der Direktion ist sicher nicht gerade Flug zu nennen, denn die Forderungen der Arbeiter sind, wie auch viele Beamte des Werkes erklärt haben, in so beschriebenen Grenzen gehalten, daß eine Verständigung sehr leicht möglich war. Zug von Metallarbeitern aller Art ist fernzuhalten!

Essen a. M. (Die „Christliche“ Schul- und Sprengkolonne in Tätigkeit.) Das Gathische Lokal in Essen-West ist schon wiederholt der Schauplatz heißer Szenen gewesen, verursacht von den „Christlichen“. Wenn die freigeorgisierten Arbeiter in dem Lokal über die Maßnahmen zur Freierung ihrer Angelegenheiten, haben die „Christlichen“ es wiederholt hintertrieben. Sie versuchen die Gegner am Reden zu hindern und benahmen sich wie die Inhaber auf einem Jahrmakel; sie heulten, schrien, trampelten, damit ja nichts erreicht werden sollte. Nach der Versammlung zog man dann mit feierlichem Gange ab. Daß es den „Christlichen“ dabei durchaus nicht um die Interessensvertretung der Arbeiter zu tun ist, beweist die Zusammensetzung dieser Spektakelkolonne. Es sind immer dieselben, Schmiedler, Schneider, Holzarbeiter, Bergleute, Metallarbeiter, schmiedbare Berufe, kurz, der ganze „Christliche“ Heerhaufen läuft da auf das Kommando einiger Drahtzieher zusammen, um zu skandalisieren. Nur die „Führer“ wechseln mit dem Zwecke der Veranstaltung, aber die Spektakelmacher bleiben stets dieselben. Das Treiben dieser Elemente ist uns noch in lebhafter Erinnerung von einer Versammlung der Bergarbeiter her, wo Jambusch vom Bergknappen und ein „Christ“ von Essen-West die „Rote Karte“ kommandierten. Der Spektakel war

damals so arg, daß selbst die Kölnische Zeitung das Treiben der „Christlichen“ scharf verurteilte. Die Essener schwarze Lügenpresse flüchtete damals die Vorwürfe flüchtigst ein. Sie berichtete — nichts. Getreu ihren Grundsätzen ist die „Christliche“ Schul- und Sprengkolonne auch am Montag dem 27. Januar abends wieder im Gathischen Lokal in Aktion getreten. Ihre Sturmlinien hatten die Heerführer des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes an diesem Abend mobil gemacht. Das geschah nicht etwa zu dem Zwecke, die Jünglinge des Kapitals zu erobern, sondern aufgeboden waren die Mannen gegen die eigenen Arbeitsbrüder. Im Fahrzeugbau der Firma Krupp lassen die Arbeitsbedingungen alles zu wünschen übrig. Dem Verlangen nach Abhilfe sollte nun Rechnung getragen werden. Den Christenführern und ihren Trabanten lag an einer Interessensvertretung der Arbeiter sehr wenig. Sie kamen mit dem verlogenen Geschwätz eines wackeligen Flugsblattes in die Versammlung, das sie dort verbreiten ließen. Es war unter diesen Voraussetzungen jedem Denker klar, daß ein Keil in die Bewegung der Fahrzeugbetriebe getrieben werden sollte. Gleich nach Eröffnung der gut besuchten Versammlung meldete sich ein Vorgesetzter, um den Einberufer der Versammlung kennen zu lernen. Als ihm die notwendige Aufklärung gegeben war, ging der Beschlussschlichter S. H. J. des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf die Arbeitsbedingungen ein und machte im Auftrage vieler den Vorschlag, aus der Mitte der Versammlung eine Kommission zu wählen. Diese sollte die Anträge der Arbeiter formulieren und bei der Direktion der Firma Krupp Verhandlungen nachsuchen. Die „Christlichen“ aber wollten es anders. Ihre Wortführer trugen den Organisationsstreit in die Massen. Neben einigen Mitgliedern des „Christlichen“ Verbandes rebeten die Strategen Paderberg und Gröhne, um sich in ihrem Sport, der Arbeiterzerfplitterung zu gunsten der Unternehmer, vorzustellen. Den Tanz, den diese Herren aufzuführen, werden ihnen die Arbeiter nicht verzeihen. Geradezu furchtbar war es, als eine Abstimmung darüber verlangt wurde, daß der Einberufer der Versammlung von ihrer Zeitung zurücktreten sollte. Die Erfüllung des Antrages war deshalb schon nicht möglich, weil eine große Anzahl nicht im Fahrzeugbau beschäftigter „Christlicher“ zu der Versammlung aufgeboden waren. Die Majorität der Interessenten wäre dabei ausgeschaltet worden. Als S. H. J. erklärte, er werde die Redner nur zur Sache sprechen lassen, beurlaubten die „Christlichen“ einen großen Tumult. Als er dann dem Gröhne wegen der verhassten Gemeinheiten das Wort entzog, fielen alle die „Christlichen“ derartig, daß einige Minuten lang an eine Fortsetzung der Verhandlung nicht zu denken war. Bevor es zur Abstimmung darüber kam, ob eine Kommission aus der Mitte der Versammlung zu wählen sei, verlangte Paderberg nach allerhand Dreh eine Erklärung vom Genossen Gröhne, ob der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit dem „Christlichen“ gemeinsame Sache machen wolle. Die Antwort darauf lautete: Wir wenden uns an die Arbeiter und unterstützen deren Forderungen, der guten Sache wegen. Ein Zusammengehen mit dem „Christlichen“ Metallarbeiterverband lehnen wir gegenwärtig ab, weil es diesem nicht um die Interessen der Arbeiter zu tun ist. Dies habe auch das heutige Gebaren der Christenführer beweisen. Redner gab dann noch bekannt, daß in nächster Zeit wiederum eine Versammlung des Fahrzeugbaues einberufen werde, zu der alle die eingeladen sind, die mit der Tätigkeit und der Taktik des Deutschen Metallarbeiterverbandes sympathisieren. Erfolg auf ihr arbeiterverräterisches Treiben brachte dann die Kolonne der Krachmacher ein Hoch auf ihren Verband aus. Damit war die Komödie der Schwärze erledigt. Ein Gutes hat die Sache aber doch gehabt. Die „Christlichen“ mögen sich einmal nach dem Erfolge ihres Auftritts bei den Zuhörern erkundigen.

Mech. Am 1. Februar hielten wir für die Metallarbeiter der Betriebe von Esch an und der Brückenbauaktiengesellschaft eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Braunersreuther (Diedenhofen) hatte das Referat übernommen. Er schilderte die Lage der Arbeiter in der Metallindustrie im allgemeinen und ging dann noch auf die verschiedenen Mißstände in der Eisenkonstruktionsbranche ein. Die Lage dieser Arbeiter gehört zu den schlechtesten in der Metallindustrie. Daher ist es notwendig, endlich einmal die Gleichgültigkeit abzulegen und sich zu organisieren, damit die Verhältnisse gebessert werden können. Die Erschienenen zeigten durch ihren Beifall, daß sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren und es sind auch in der Versammlung mehrere Aufnahmen für unsern Verband gemacht worden. Wir wären ja weiter nicht auf die Versammlung eingegangen; aber wir müssen uns ein wenig mit unseren „Freunden“ von der „Christlichen“ Richtung beschäftigen. Deshalb wollen wir ein Zirkular des Sekretärs des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes im Wortlaut zum Abdruck bringen, das derselbe an verschiedene Arbeiter verfaßt und damit wieder einmal zeigte, wie sich diese Herren die Agitation vorstellen. Vorweg bemerken wir, daß das, was sie da uns in die Schuhe schieben möchten, bei ihnen zutrifft. Das Zirkular lautet: „Mech.-Sachl., den 30. Januar 1913. Weiter Kollege! Am Samstag abends gleich nach Feierabend findet seitens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im Lokal End, Diedenhofenstraße, eine Versammlung für die Arbeiter der Betriebe von Dem. 1. Punkt statt. Aller Aufmerksamkeit nach soll in dieser Versammlung nicht über die Mißstände und traurige Lage der Arbeiter und wie dieselbe gebessert werden kann, geredet werden, sondern eine heftige und schimpfliche gegen unsern Verband, der endlich befreit ist, die erbärmliche Lage der Arbeiter in Mech. zu verbessern. Man will auf diese Art und Weise die Metallarbeiter von den Mißständen in den Betrieben ablenken und gegen den christlichen Verband aufheizen, um dann nichts für die Arbeiter tun zu brauchen. Da ich auch in der Versammlung am Samstag abends erscheinen werde, um den Genossen Rede und Antwort zu geben, bitte ich dich dringend, auch an der Versammlung teilzunehmen. Anbei erhältst Du einige Aufnahmeförderung für unsern Verband. Ich bitte dich, mit aller Macht dieser Lage unter Deinen Mitarbeitern zu werden, desgleichen am Samstag abends in der sozialdemokratischen Versammlung. Wenn Du einen Kollegen aufnehmen kannst, so mache dieses, laß Dir aber sofort das Eintrittsgeld und eine Woche Beitrags zahlen. In der Hoffnung, daß Du diese Woche Deinen Mann stellst, vor allem am Samstag abends, und eine Anzahl neuer Kämpfer aus den Reihen Deiner Kollegen unserm Verband zuführt, grüßt kollegial Peter B. d. r., Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes.“ — Und sie kamen mit aller — Macht. Ganze acht Mann hatten sich eingefunden, um ihren Sekretär herauszuheulen. Er wärmten möchten wir noch, daß vor einiger Zeit eine „Christliche“ Versammlung stattgefunden hat, in der Herr B. d. r. — wie gewöhnlich — über uns loslegte, wo ihm aber dann verschiedene Wahrheiten gesagt wurden. Das Zirkular ist ja das reinste Angstprodukt. Auf die Verbächtigung, daß wir die Versammlung wegen des „Christlichen“ Verbandes abgelehnt hätten u. d., wollen wir gar nicht eingehen, wider nur wohl schon gemerkt haben, was die Arbeiter von seinen „Produkten“ hatten. Er mußte selbst zugeben, in der Diskussion, daß er mit dem, was der Referent im ersten Teile seiner Ausführungen gesagt, vollständig einverstanden sei. Dem zweiten Teile konnte er nicht zustimmen, da ja auch der „Christliche“ Verband die Interessen der Arbeiter vertritt. In seinem Schlusswort wies der Referent nochmals darauf hin, daß für die Arbeiter nur dann etwas erreicht werden könne, wenn sie sich einer starken Organisation angeschlossen und er forderte sie deshalb zum Eintritt in unsern Verband auf. Im wirtschaftlichen Kampfe seien die verschiedenen Organisationsrichtungen nicht notwendig, das Unternehmertum lenne darin nur eine Organisation. Er stellte noch verschiedene Ausführungen der „Christlichen“ unter allgemeiner Heiterkeit der Anwesenden richtig. Mit einem kurzen Appell schloß dann Kollege C. a. p. die Versammlung, für die die „Christlichen“ mit aller „Macht“ geworden hatten.

Rundschau.

Reichstag.

Unsere in letzter Nummer vorgebrachte Klage über die Ver-
säumung der sozialpolitischen Debatte zum Etat
des Reichsammtes des Innern müssen wir noch einmal nachdrücklich
wiederholen. Die Erörterungen haben am 13. Januar begonnen
und mit einigen (hier abgerechneten) Unterbrechungen durch Ferien
und die Interpellation über die Enteignung polnischer Grund-
besitzer sowie die zweite Beratung des Gesetzes über die vorüber-
gehenden Zollerleichterungen bei der Einfuhr von Fleisch je-
denfalls die Sitzungstage von je durchschnittlich über fünf
Stunden, also zusammen 80 bis 90 Stunden gedauert. Es liegt
ja tief in den Verhältnissen begründet, daß die Sozialpolitik von
Jahr zu Jahr eine größere Rolle in den gesetzgebenden Körper-
schaften spielt, es ist ferner unabweisbar, daß die Mängel unserer
Gesetzgebung wie die der Verwaltung an das Tageslicht gerückt
und solange öffentlich kritisiert werden müssen, bis Abhilfe einge-
treten ist. Es ist endlich durchaus verständlich, daß viele, namentlich
neugewählte Volksvertreter das Streben zeigen, gerade solche
Mängel, die sie oftmals am eigenen Leibe zu erfahren Gelegen-
heit hatten, von der Tribüne des Reichstages zu beheben. Wenn
man von diesem Standpunkte sogar bereitwilligst zugeben geneigt
ist, daß keine einzige der gehaltenen Reden an sich überflüssig ge-
wesen wäre, so muß doch die Frage erwogen werden, ob sie alle
mit dieser Ausführlichkeit vorgetragen werden durften. Es erscheint
bedenklich, daß bei mehr als einer Gelegenheit die Redner, deren
Fraktionszugehörigkeit in diesem Falle, wie übrigens ausdrücklich
bemerkt sei, keinerlei Unterschied macht, sozusagen bei Adam
und Eva anfragen, um ihre Schmerzen vorzutragen, ganze Teile
der sozialen Frage, die in den letzten vierzig Jahren schon ach-
tundzwanzigmal im Reichsparlament gründlich behandelt wurden, noch-
mals von den Ursprüngen in breiter Darstellung und an der
Hand umfangreicher Manuskripte auszurollen, als ob die staunende
Welt jetzt endlich etwas ganz Neues erfahren sollte. Dadurch wird
nicht nur die Aufmerksamkeit der Zuhörer und der Leser der Parla-
mentsberichte auf eine allzu harte Probe gestellt, auch das Ansehen
der Volksvertretung kann dabei nicht gewinnen.

Wir befinden uns offenbar in einem verhängnisvollen Zirkel:
unser Reichstag hat wenig zu sagen, hat keinen unmittelbaren Ein-
fluß auf die Erneuerung des einzig verantwortlichen Reichsbeamten,
des Kanzlers, und seiner Gehilfen und somit auch nicht auf die
Verwaltung. Er ist daher mehr als andere Parlamente zum bloßen
Reden verurteilt. Je mehr er sich aber darin ergeht, um so weniger
Einfluß wird er im allgemeinen auf die Vertretung der Regierungen
und auf die Bevölkerung des Landes machen. Unser Parlament
sollte in erster Linie sein und seine ganze Aufmerksamkeit auf den
einen Punkt der Weiterentwicklung konzentrieren. Seine
Reden um des Lebens willen. Die Energie, die darauf verwendet
wird, hat, vom höheren politischen Standpunkte aus, ihren Zweck
verfehlt.

Dabei könnten doch durch geschickte und in den Fraktionen wohl-
bedachte Dispositionen alle die zu Worte kommen, die aus irgend
einem Grunde darauf Wert legen zu wissen glauben, sei es auch
nur aus berechtigten agitatorischen Rücksichten. Die Partei wird
(unter sonst gleichen Umständen) auf die Länge der Zeit den größten
Einfluß im Parlament gewinnen, die die Debatte der sozialen
am sorgfältigsten studiert und ihre eigenen Ziele in dieser Richtung
am schärfsten zu fühlen weiß. Dagegen wird dies unbedeutend
der Zahl ihrer Mitglieder ihre Stellung untergraben, die sich zu
einer solchen strengen Disziplin nicht aufzuringeln vermag.

Das ist ein großzügiges Aktionsprogramm voraus, das gewiß
schon beim Beginn der Sessionen entworfen werden könnte. In
jedem Sitzungsabschnitt wird eine besondere Frage im Mittelpunkt
des öffentlichen Interesses stehen und sollte danach auch in den Mit-
telpunkten der parlamentarischen Aktion gerückt werden. In diesem Jahre ist
es zum Beispiel die Wohnungsfraße, nachdem glücklicherweise
der Vorstoß der Konfessionsparteien gegen die Koalitionsfreiheit so schmach-
lich zurückgewiesen worden war. Nichts hätte noch unserer Ansicht
näher gelegen, als die erwähnte Frage durchaus in den Vorder-
grund der ganzen sozialpolitischen Debatte zu stellen und alles andere
in dieser Session, soweit dies überhaupt möglich ist, auf sie zu be-
ziehen. In einer anderen Session könnte man dann vielleicht, um
zunächst auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu bleiben, das An-
gebot des Reichsammtes des Innern, das den Schatz der jugendlichen
Arbeiter, oder den Kampf gegen die Tuberkulose,
oder irgend eine andere wichtige Angelegenheit dieser Art ebenso
indemselben behandeln. Wir glauben ganz bestimmt, daß dabei bessere
Ergebnisse zu erzielen wären, als wenn immer und immer wieder
die Debatte zum Etat der inneren Politik in tausend Einzelheiten
zerstückelt und die Kraft des Parlamentes ebenso wie die Aufmerk-
samkeit der Hörer und Leser halb nach dieser, halb nach jener Rich-
tung zerstreut. Glaubt man so, wie bisher vor, dann verhängt die
Schwäche unter dem Mikroskop und es kommt so, wie jetzt, wo
die wichtige Wohnungsfrage glücklicherweise vorletzten Tage der Er-
örterung „a u u“ behandelt wurde.

Beliebt es mir einmal auf dem Reichstag der Sozial-
demokratie beim parlamentarischen Bericht die hier gegebenen An-
regungen und macht sie zum Gegenstand einer nachsichtigen, von
allen Persönlichkeiten losgelassenen Debatte. Wir sind überzeugt, daß
auch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionen aus
ihrer überwiegenden Mehrheit dabei zur Seite treten werden.

Es liegt uns so wenig fern, die Plena-Debatte über die
Wohnungsfrage an sich zu haben, so gab sie doch Anlaß zu
einer Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär Delbrück
und der sozialdemokratischen Partei, einer bemerkenswerten Episode
in dem Kampfe der Partei, der beweist, daß in nicht langer Zeit
mit dem Mikroskop des Mikroskops enden wird. Der sozialdemokratische
Staatsekretär ging dem Staatssekretär an, weil seine von uns
bereits berichteten Worte in der Rede des Reichsammtes des Innern
an der Spitze dieses Jahres den Reichstag den Entwurf
eines Reichswohnungsgesetzes vorlegte, wenn bis dahin nicht die
parlamentarische Regierung für verabschiedetes Gesetz des Abgeordneten-
hauses eingebracht hätte, eine unangelegte „Drösel“ gegen
Reichstag, eine Heberhebung seiner eigenen Unzulänglichkeit und eine
— Fortsetzung der Sozialdemokratie gewesen sei. Dieser letzten
Worte wegen wurde natürlich der ganze Schwanz veranlaßt, denn
der Reichstag mußte ebenso gut wie jeder andere im Reichstag, daß
der Staatssekretär weder seine Amtsfähigkeit überprüfte, noch
der parlamentarischen Regierung mit seiner Partei die Fäden auf die
Rückgeleitet, noch endlich der Sozialdemokratie die Möglichkeit
hat. Aber Delbrück hat sich nicht bei dem Reichstag, sondern gegen die
Sozialdemokratie in Sachen des Schutzes der Arbeitslosen“ ab-
gelehnt verhalten, und der Sozialdemokratie zu einer jähen
Rücknahme im Reichstag verhalten: dafür sollte er jetzt bestraft
werden. Sein bestes Mittel zu diesem Zweck, als die jähliche
Demagogie, der Sozialdemokratie eine Verleumdung gemacht zu
haben. Das ist in Preußen jener, als Bismarck sich zu dem
gelehrt hat. Jenseits der Reichstag hat sich nicht verhalten, sondern
sollte den agrarischen Klassen mit einiger Ent-

schlossenheit bei den Hörern. Er sagte dem Reichstag, daß
ins Gesicht, daß der Angriff hinterlistig maskiert sein und nicht
wegen seiner Stellung zur Wohnungsfrage (bei der im Reichstage
die Konfessionsparteien in dieser Session immer mit den Sozialdemo-
kraten und den übrigen Parteien zusammen gestimmt haben),
sondern wegen seiner Ablehnung des Ausnahme-
gesetzes gegen die Sozialdemokratie geschähe. Das ist nun so ziemlich
das Schlimmste, was man einem Manne sagen
kann, daß er nicht ehrlich die Motive seiner Handlungen ausspreche.
Aber der verwogene Junker steckte diese Abfälschung ein, ohne zu
mucken; mag wohl denken: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wer
weiß, wie bald schon Herr Delbrück nach Konstantinopel zieht, wäh-
rend sich Graf Westarp an Stelle des altersschwachen Weseler als
preussischer Justizminister etabliert. Eine schöne Nummer „Ge-
rechtigkeit“ können wir dann in Preußen erleben!

Auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik
brachte die Woche noch am Schluß ein wichtiges Ereignis, nämlich
die Erklärung des Reichsammtes des Innern und des Staatssekretärs des Aus-
wärtigen Amtes über das Verhältnis von Deutschland
zu England. Die Verhandlungen darüber in der Budget-
kommission, mit einem ganz ungewöhnlichen und wohl auch un-
nötigen Aufwand von Geheimnistum umgeben, zeigten das
erfreuliche Resultat, daß die deutschen Minister eine Besserung
unserer Beziehungen zu England mit bestimmten Worten anerkannten
und auch den zuerst von England ausgesprochenen Gedanken einer
Rückwärtsbewegung sympathisch begrüßten. Sie meinten, selbst,
es genüge für Deutschland, wenn eine Schlachtflotte zur englischen
im Verhältnis von 10 zu 16 stünde. Das ist noch lange nicht das,
was wir als das Ideal ansehen, aber als ein Schritt zur allmäh-
lichen Erleichterung unserer Flottenrüstung und zur Besserung der
internationalen Beziehungen Deutschlands immerhin anzuerkennen.
Offenheit findet die Bereitwilligkeit Deutschlands, die Flotten-
rüstungen in irgend einer Weise zu beschränken, nun auch jenseits
des Kanals die entsprechende freundliche Aufnahme, besonders in
den Kreisen der Arbeiterklasse, die dort, soweit sie unter dem Ein-
fluß der orthodoxen Sozialisten vom Schläge Syndikats
steht, mit einem abstoßenden Fanatismus zu einem Kriege gegen
Deutschland seit langer Zeit zu hegen gewohnt ist.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Mitgliederbestand der Organisationen in der
Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	3. Quartal 1912	4. Quartal 1912	Zu- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verband	543092	561985	+ 18893
Kupfer- und Zinnverband	5247	5269	+ 16
Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Süd- und Nord)	44384	44788	+ 254
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verband	41806	42268	+ 457

Die Kollege Kamps (früher Mitglied des Schmiedeverbands-
vorstandes) schon in Nr. 2 (Seite 12) berichtete, konnte nach dem
Abschlusse des dritten Quartals im vorigen Jahre schon ohne
weiteres festgestellt werden, daß mindestens 14 875 Mitglieder des
Schmiedeverbandes den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-
Verband vollzogen hatten. 154 Mitglieder hatten sich anderen Ge-
werkschaften angeschlossen und ganze 29 gegnerischen Verbänden.
Von 1044 ließ sich nicht feststellen, wo sie geblieben waren, doch
konnte man vermuten, daß auch von diesen viele den Weg zum
Deutschen Metallarbeiter-Verband gefunden haben. Genaue Fest-
stellungen (für das Jahr 1912 unseres Verbandes) darüber sind
im Gange. Auf jeden Fall haben sich aber außer den übergetretenen
Mitgliedern des Schmiedeverbandes noch über 3000 andere
Kollegen aus anderen Verbänden angeschlossen — immerhin ein gutes
Resultat, besonders wenn man die trapphaften Bemühungen des
„Christlichen“ Verbandes zur Gewinnung neuer Mitglieder ansieht.

Aus den Unternehmerverbänden.

Zentralverband Deutscher Industrieller. In einer Ausfüh-
rung dieses Verbandes, die am 1. Februar stattfand, wurde
natürlich darüber zu Gericht gehalten, daß der Reichstag dem Gebot
der Schlichtung nach einem Verbot des Streikpostens
nicht zu gehorchen hat. Daß der Reichstag für ein solches
nicht zu haben war, hat die Herren aufmerksamer weniger entäußert,
als der Anspruch des Staatssekretärs Delbrück, daß die Sache
im Zusammenhang mit der Beratung des Straßengesetzes
in Angriff genommen werden solle. Das dauert den Herren zu
lange. Der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Regierungsrat
a. D. Dr. Schweighöffer, der Nachfolger Buecks, jun-
gerierte als Kandidat für den Ausbruch des allerhöchsten Unwillens.
Mit der Produktion neuer Gedanken scheint der Herr sich insofern
nicht zu begnügen zu haben, wenigstens merkt man dem uns vor-
liegenden Bericht in Nr. 57 der Post (Morgenausgabe vom
4. Februar) ebenso wenig davon an, wie folgendes, selbstverständ-
lich einmütig angenommene „Schlußantrag“:

„Im Hinblick auf die jüngsten Verhandlungen des Reichstages
über die Frage des Arbeitswillensgebotes ist der Ausschuß des
Zentralverbandes Deutscher Industrieller sein tiefstes Bedauern
darüber aus, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien auch
dieses Mal dem wiederholt bekundeten Verlangen des Unternehmers-
verbandes und der nationalökonomischen und wirtschaftlichen Arbeiterklasse
nach einem erhöhten Schutz der Arbeitswilligen wiederum nicht
Rechnung getragen hat.“

Der Ausschluß des Zentralverbandes vermag auch vor allem
die von dem Herrn Staatssekretär des Innern auf Grund seiner
tatsächlichen Feststellungen gezogenen Schlussfolgerungen als be-
rechtigt nicht anzuerkennen und weiß demgegenüber auf die ein-
wichtigen Auslassungen der bürgerlichen industriellen Verbände,
auf die Erklärung des Deutschen Gewerkschafts- und Gewerbe-
kongresses und vor allem die Erhebungen des Deutschen Gewerbe-
tages hin, in denen einmütig der Nachweis erbracht worden ist,
daß der auf die Arbeitswilligen ausgerichtete Kampf in erster Linie
von den Streikposten ausgeht. Die Streikposten bilden den
Kern und den Mittelpunkt der zu Ausschreitungen geeigneten An-
sammlung von Menschen und waren bei dem vorjährigen Verge-
hen der Arbeiterklasse im Reichsbereich der Aufsicht zu Rubegehrungen, die
letztlich durch das Einsetzen der äußersten Nachmittel der Staats-
gewalt, des Angebots militärischer Kräfte, unterdrückt werden
konnten.

Es müssen dergleichen Vorgänge als Ausnahmezustände be-
zeichnet werden, deren häufigere Wiederholung im Reichslande nicht
geduldet werden darf, und durch welche die Tragweite eines
beständigen Kampfes der Arbeitswilligen zutage kommen wird.
Diese Tragweite liegt um so mehr vor, als im Gegenzug
zu der Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Innern die zur An-
erkennung eines neuen Straßengesetzes eingeleitete Sachverständigen-
kommission sich bereits dahin ausgesprochen hat, daß der Erfolg
des Straßengesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses
nicht in dem allgemeinen Straßengesetz, sondern in der Sonderge-
setzung herbeizuführen sei.

Der Ausschluß des Zentralverbandes weiß sich daher eins mit
den meisten Kreisen des gewerblichen Lebens, der Großindustrie,
den Mittelstände, den Kleingewerbe und den nationalökonomischen
wirtschaftlichen Arbeiter, wenn er gerade Forderung der recht-
lichen und wirtschaftlichen Ordnung, der Förderung der Freiheit
und der geordneten Entwicklung des Einzelneinzelnen den Erfolg
gefehrdeter Maßnahmen zum Zwecke des Schutzes der Arbeits-
willigen, besonders ein Verbot des Streikpostens, in dem
nicht eine Garantie der Koalitionsfreiheit, sondern lediglich
ein Mittel des Koalitionskampfes zu erblicken ist, erneut für
eine unannehmliche Notwendigkeit erklärt.

Schluß des Zentralverbandes. Im Geschäfts-
bericht dieser Unternehmungsverbände, der auch der Zentr-

verband Deutscher Industrieller angehört, wird aufs neue für die
Selbst- und wie sich die „wirtschaftlichen“ Arbeiterorganisationen
sonst noch nennen mögen, Stimmung gemacht. Doch des Lebens
unangenehmste Freude wird seinem Sterblichen zuteil. Zur selben
Zeit, wo „eine Richtung unter der Arbeiterklasse“ begründet wird,
die „sozialdemokratische Verheerungspartei“ nicht nur mit Worten,
sondern auch mit einer ihr entgegengetretenen Praxis bekämpfen will,
muß der Reichstag konstatieren, daß „dieser Neuentwurf
wirtschaftlicher Bestrebungen leider eine Neuentwicklung rabi-
kaler wirtschaftlicher Tendenzen unter der An-
stellung der „Gegensätze“ gegenübersteht. Es wird darüber weiter gesagt:
„Dem Bund technisch-industrieller Beamten ist der Verband
Deutscher Techniker nachgefolgt. Im kaufmännischen Lager ist neben
dem Bund kaufmännischer Angestellten, der eine Gründung des
Bundes der technisch-industriellen Beamten ist, eine neue Ge-
werkschaft im Allgemeinen Verbande der Deutschen Hand-
beamten entstanden. Auch in die übrigen Vereine — in Industrie
und Handel sind von etwa 1 200 000 Angestellten rund 720 000
organisiert — frist sich der Gewerkschaftsgeist offen und heimlich
immer mehr ein. Es gilt vielfach schon als rückständig, wenn ein
Verein neben Angestellten auch Prinzipale als Mitglieder zuläßt.
Das ist jedenfalls eine treffliche Illustration zu dem gewöhnlichen
Ausgleich der Klassengegensätze. Es ist nicht entfernt ein
Angriff auf das Koalitionsrecht — abgesehen
davon, daß es ein solches Recht gar nicht gibt —
wenn der Arbeitgeber Elemente, die sich in be-
wussten Gegensatz zu ihm stellen, nach Möglich-
keit vom Betriebe fernhält.“

Der letzte Satz ist besonders schön. Er erinnert an die Frau,
die von der Nachbarin einen Topf entliehen hatte und später be-
schuldigt wurde, den Topf beschädigt zu haben. Sie antwortete
darauf: „Ich habe den Topf nicht beschädigt, denn erstens habe
ich ihn gar nicht entliehen und zweitens war er schon entzweit, als
ich ihn bekam.“ Nehulich sagt auch der Reichstagsbericht: Erstens
gibt es kein Koalitionsrecht und zweitens fällt es uns nicht ein,
das Koalitionsrecht anzugreifen. Weiter wird darüber gesagt, daß
es noch viele Unternehmerrisse gibt, die sich der Schlichtung
immer noch fernhalten. Es kommt aber nicht nur auf den Anschluß
an, sondern auch auf den Geist, von dem der Verband und die
Mitglieder getragen sind, denn, so wird gesagt:

„Dieser Geist, der Körpergeist, ist vor allem ausschlaggebend,
wenn die schwerste Abwehrmaßnahme, die Aussperrung vorge-
nommen werden soll. Die Aussperrung muß in erster Linie von
der gemeinsamen Überzeugung aller Mitglieder und von dem un-
bedingten Vertrauen der Mitglieder zu den
Anordnungen der Verbandsleitung beherrscht
sein. Wo auch nur eine einzige Firma sich ausschließt, oder nur
minderwillig oder mit einem Hintergedanken sich befreit, trägt die
Aussperrung schon den Keim des Mißerfolges in sich. Ganz ver-
schärfte aber ist es, einen Aussperrungsbeschluss in der Erwartung zu
fassen, daß er doch nicht zur Ausführung komme
und die Androhung dieser Maßnahme genüge, um den Abbruch der
Bewegung herbeizuführen. Eine solche Annahme wäre direkt ver-
hängnisvoll. Mag es sich um eine Gesamtaussperrung
oder eine prozentuale oder mag es sich um eine Aussperrung
der Organisierten handeln: in jedem Falle erfordert die Vorbe-
reitung, Durchführung und Kontrolle eine intensive Klein-
arbeit, die die Maßnahmen des Verbandes und auch das Ver-
halten der einzelnen Firmen bis ins kleinste regelt. Auf
der anderen Seite wäre es falsch, die tatsächlichen Maßregeln des
Verbandes auf eine längere Zeit im voraus festzulegen, die eigenen
Maßnahmen richten sich bekanntlich auch im Kriege immer nach den
jeweiligen Maßnahmen des Gegners. Aus diesem Grunde läßt sich
auch kein allgemeines Schema aufstellen. Die Erfahrungen aber,
die ein Verband bei der Durchführung der Aussperrung gemacht
hat, den anderen Verbänden, die vor einer solchen Entscheidung
stehen, zugänglich zu machen, wird sich die Hauptaufgabe besonders
angelegen sein lassen.“

Wie man sieht, müssen die Unternehmer ähnliche Erfahrungen
machen wie die Arbeiter. Alles, was hier über ihre eigenen Or-
ganisationen und deren Kämpfe gesagt wird, läßt sich sinngemäß
auch auf die Gewerkschaften und deren Bemühungen zur Verbesserung
der Lohn- und Arbeitsbedingungen anwenden. Wir werden uns
dies für die Zukunft merken. Weiter zeigt sich in diesem Bericht
aufs neue, daß den Schlichtern schlechthin jede Bestrebung
der Arbeiterklasse nach Verbesserung ihres Loses ein Dorn im Auge
ist. Ueber alles wird hergezogen, über Tarifverträge,
Streikposten (siehe natürlich!) und Konsumvereine.
Nur die Unternehmervverbände finden Gnade. Von ihnen heißt es:
„Die Arbeitgeberverbände erstreben den wirtschaftlichen Frieden.“
Unter „wirtschaftlichen Frieden“ verstehen die Schlichter den Zu-
stand, worin die Arbeiterklasse dem Unternehmertum schutz- und
wehrlos übergeben ist. Dann ist mit ihr leicht fertig zu werden,
denn zur Unterdrückung etwaiger Verbesserungsbemühungen der Arbeiter
hat man ja Polizei, Militär, Staatsanwälte, Gerichte, Gefängnisse
und Schlichter.

Der Arbeiterschutz in der Kriminalstatistik.

H. Seit Jahren wird über die wachsende Kriminalität der
Deutschen geklagt. Tatsächlich steigt die Zahl der Verurteilten. Die
Steigerung hält aber mit der Bevölkerungszunahme nicht Schritt.
So ist die Zahl der Verurteilten von 1901 bis 1911 von 497 310
auf 552 556 gestiegen, was rund 11 Prozent ausmacht; die Be-
völkerung des Deutschen Reiches hat sich aber in diesen zehn Jahren
um fast 15 Prozent vermehrt. Da die Bevölkerungsvermehrung
Deutschlands zu einem großen Teile auf der Zuzugwanderung Er-
wachsener und der Abnahme der Sterblichkeit beruht, so ist anzunehmen,
daß die strafmündige Bevölkerung noch in größerem Maße
gewachsen ist als die Gesamtbevölkerung. Danach sind die Zahlen
der Kriminalstatistik als noch günstiger zu beurteilen. Hervorgehoben
zu werden verdient noch die Tatsache, daß die Verurteilungen wegen
Vergehen und Verbrechen gegen das allgemeine Straßengesetz
seit 1908 einen Rückgang aufweisen. Im Jahre 1908 er-
folgten 304 742 Verurteilungen dieser Art, im Jahre 1911 nur
noch 497 217. Die Steigerung der Verurteilungen beruht also
lediglich auf Verbrechen gegen andere Straßengesetze. Und hierin
nehmen die Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutze der
Arbeiter erlassenen Gesetze einen großen Raum ein. Die
deutschen Unternehmer können sich an die Befolgung der Schutz-
gesetze noch immer nicht gewöhnen. Das ist auch nicht weiter
wunderbar, wenn man bedenkt, daß das geringste Eigentumsver-
gehen als eine ehrende Handlung gilt, die mit Freiheitsstrafe ge-
pönt werden muß, daß dagegen aber die Außerachtlassung der
Schutzvorschriften, selbst wenn dadurch auch Gesundheit und Leben
vieler Arbeiter gefährdet wird, nicht als entsetzliche Handlung be-
trachtet wird, mit Geldstrafe — und gewöhnlich mit geringer Geld-
strafe — geahndet wird, ganz abgesehen davon, daß viele Stän-
den Arbeitervorschriften überhaupt nicht bis vor den Richter-
stuhl kommen.

Wenn die Zahl der Verurteilungen wegen Vergehen gegen die
Vorschriften der Gewerbeordnung über Lohnzahlung, Be-
schäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen
Arbeitern, Ruhezeit und Mittagspause des Per-
sonals in offenen Verkaufsstellen, Sonntagsruhe, Adre-
ßbuch und allgemeinen Arbeiterschutz sind von 16 728
im Jahre 1906 auf 21 135 im Jahre 1911 gestiegen. Das ist ein
Anwachsen von mehr als 25 Prozent. Auch die nur selten zur
Kenntnis gelangenden Fälle von Mißbrauch der Dien-
stgewalt der Vorarbeiter gegen den Schiffsbesatz sind von 3 im
Jahre 1906 auf 27 im Jahre 1911 angewachsen. Verträge gegen
die Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes
über Einbehaltung von Lohnbeträgen wurden 1906
auf 355, 1911 aber zu 905 Verurteilungen. Einen Rückgang zeigt
die Zahl der wegen Nichtberücksichtigung von Lohnbe-
trägen für die Invalidenversicherung Verurteilten; sie ist in der
Zeit von 1906 bis 1911 von 213 auf 187 gefallen.

Ein riesiges Wachstum weist die Zahl der Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz auf. Im Jahre 1906 erfolgten 3236, im Jahre 1911 aber 4303 Verurteilungen dieser Art, und das trotz angeblich immer besserer Durchführung des Gesetzes. Nun ist aber gerade in diesem Punkte bekannt, daß nur die geringste Zahl der Vergehen bis zum Richterpruch kommt. In Wirklichkeit ist die Verstoßzahl die Beschäftigung von Kindern weit zahlreicher, als die Zahl der Verurteilungen vermuten läßt. Fehlt es doch allenfalls an Organen, die die Durchführung und Beachtung dieses Schutzgesetzes kontrollieren.

Die Arbeiterkraft muß zur Selbsthilfe greifen. Mag man auch Strafanzeigen im allgemeinen nur ungern machen: bei Uebertretung der Schutzvorschriften handelt es sich vielfach um gewöhnliche Mißachtung der Gesundheit der Arbeiter, die keinerlei Schonung und Rücksicht verdient.

Anregungen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes.

Das Hausarbeitsgesetz, das am 1. April vorigen Jahres bereits in Kraft getreten ist, hat bisher noch keinen Beweis seines Daseins gegeben. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind leider solche, die erst auf dem Wege der Verwaltungsmaßnahmen zum Leben kommen können. Solche Bestimmungen sind bisher noch nicht erlassen worden und die Paragraphen des Gesetzes, die allgemein für die Heimarbeit nützliche Anordnungen treffen, sind noch nicht in Kraft getreten.

Vor allem handelt es sich um die §§ 3 und 4, die den Zusammenhang von Lohn und Lohnzettel und die Ausgabende von Lohnbüchern oder Lohnzetteln anordnen. Diese Bestimmungen können leider durch Bundesratsverordnungen in der Weise durchgebrochen werden, daß für einzelne Berufe oder für bestimmte Bezirke von dieser Anforderung, wenn es der Bundesrat anordnet, Abstand genommen werden kann.

Von der Regierung werden gegenwärtig Erhebungen veranstaltet, um solche Ausnahmen vorzubereiten. Es ist nicht bekannt, in welcher Art diese Erhebungen veranstaltet werden. Es dürfte sich aber empfehlen, daß die Heimarbeiter, besonders aber auch die Gewerkschaftsorganisationen sich darum bemühen, daß auch sie bei der Begutachtung mitgehört werden.

Die Bestimmungen des Gesetzes werden sich zu Verordnungen wohl im wesentlichen nur dann beruhen, wenn auch die Gewerkschaftsorganisationen, die Heimarbeiter als Mitglieder oder als Berufsangehörige zählen, sich bemühen, an der Hand des Gesetzes das Verlangen zu stellen, Anordnungen und Vorschriften zu erlassen. Diesem Zweck mögen einige Hinweise dienen. Der § 5 des Gesetzes schreibt folgendes vor:

„Die zuständige Polizeibehörde kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten durch Verfügung für einzelne Gewerbebetriebe hinsichtlich der Einrichtung der Betriebsmittel und der Regelung des Betriebes in den im § 3 Absatz 1 bezeichneten Räumen anordnen, was zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Gefährdung des Hausarbeiters bei der Empfangnahme oder Ablieferung von Arbeit erforderlich und nach der Natur der Anlage ausführbar erscheint. Für die Ausführung ist eine angemessene Frist zu setzen.“

Für Betriebe, die bei Erlass dieses Gesetzes bereits bestehen, sind, solange sie nicht erweitert oder wesentlich verändert werden, nur solche Anforderungen zulässig, welche ohne unbilligste Anordnungen ausführbar sind.

Gegen die Verfügung ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig.

Es ist also den Heimarbeitern die Möglichkeit gegeben, wo die vorbezeichneten Uebelstände auftreten, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden, um Abhilfe zu verlangen.

Somit bei der Beschäftigung der Heimarbeiter Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit sich ergeben, kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten die zuständige Polizeibehörde gewisse Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter anordnen. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften für die Heimarbeiter die Initiative ergreifen, Anregung in Form von Eingaben, Verfammlungsanordnungen veranlassen, um schließlich die Gewerbeinspektion zu veranlassen, solchen Forderungen nachzugehen. Für die Nahrungsmittelindustrie können, soweit eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit durch die Art der Herstellung der Nahrungsmittel sich ergibt, bestimmte Anordnungen über Wertigkeiten und Betriebsbedingungen erlassen werden. Der Bundesrat kann fernerhin bestimmen, daß Heimarbeit, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Heimarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden ist, vollständig verboten wird. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften prüfen, für welche Berufe diese Voraussetzungen zutreffen, um ein Verbot dieser Arbeit zu fordern.

Die Errichtung der Fachauschüsse, die im Gesetz vorgesehen sind, kann nur durch Anordnung des Bundesrats vollzogen werden. Obwohl diese Fachauschüsse keinen erheblichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter ausüben werden, dürfte es zweckmäßig sein, besonders in solchen Fällen, wo bisher auch die Gewerkschaften gar keinen Einfluß auf die Lohnverhältnisse ausüben vermochten, die Errichtung solcher Fachauschüsse anzuregen. Zweckdienlich scheint es hier, durch Zeitungen an den Bundesrat die Anregung für bestimmte Berufe und Bezirke zu geben, denn die Fachauschüsse werden für den Beruf und den Bezirk eingerichtet, erhalten also nicht eine große Ausdehnung, sondern mehr örtliche Wirksamkeit.

Von bürgerlichen Sozialpolitikern ist beabsichtigt, in Berlin eine Ausschüsse für Heimarbeitserform einzurichten, die sich mit der Durchführung des Hausarbeitsgesetzes beschäftigen. Ferner sollen örtliche Ausschüsse eingesetzt werden, die den Heimarbeitern mit Rat und Tat zur Hand gehen sollen, damit sie die Rechte und Pflichten kennen lernen, die ihnen aus der Gesetzgebung erwachsen. Für die freien Gewerkschaften sind selbstverständlich die Angelegenheiten und Funktionen ihrer Organisationen diejenigen, die die nötige Unterstützung und Mithilfe übernehmen. Außerdem können Anfragen an die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin SO. 16, Engelsufer 14, gerichtet werden, die jederzeit bereit ist, Auskunft zu erteilen. Die Gewerkschaften, soweit ihnen die Fürsorge der Heimarbeiter obliegt, werden mithin gut tun, sich mit Eifer der Aufklärung der Heimarbeiter zu widmen, um die Aufgaben festzustellen, die nach dem Hausarbeitsgesetz ihnen zufallen.

Der Schutz der Arbeitswilligen.

In der jüngsten Nummer der Deutschen Juristenzeitung nimmt der frühere bayerische Minister Dr. Landmann, der bekannte Kommentator der Gewerbeordnung, zur Frage des Verbots des Streikpostens Stellung. Er untersucht dabei alle schon dem Schutze der Arbeitswilligen dienenden gesetzlichen Vorschriften und befaßt sich auch besonders mit der Frage, ob die Strafandrohung in § 153 der Gewerbeordnung hoch genug ist, die er entschieden bejaht. Das Verbot des Streikpostens hält Landmann für unberechtigt und unnötig. Das Verhalten der Streikposten, die die Zugänge zu den Arbeitsstellen blockieren, die ein- und ausgehenden Personen zählen, ihnen Auftritte und andere Druckmittel in die Hand geben oder sie zwingen, mag man als Befähigung empfinden, meint Landmann, aber strafbar ist ein solches Verhalten nicht und auch nicht strafwürdig. Die Uebertretung des Gesetzes ist vielmehr ein berechtigtes und notwendiges Kampfmittel, da sie es ermöglicht, leichter zu beurteilen, ob der Kampf erfolgreich sein wird oder ausfallslos und abzubrechen ist. Landmann weist dabei darauf hin, daß genau so wie die Gewerkschaften die Arbeitsstellen überwachen lassen, die Unternehmer durch schwarze Listen, durch Arbeitsnachweise und durch Verbandsanwärterbücher die Uebertretung der Organisationsbestimmungen. Gegen die vorgezeichnete objektive Fassung

der Gesetzesbestimmung, die das Streikpostenverbot verleiht, soll und die nach ihrem Wortlaut auch auf die Vereinbarungen der Parteien über die auf die einzelnen Mitglieder des Streikpostens treffenden Produktions- und Abkühlungen angewendet werden könnte, spricht Landmann sich aus, weil damit das ganze Streikpostenverbot, auf dem die jetzige Blüte der deutschen Industrie zum großen Teil beruht, in Frage gestellt wäre. Diese Befürchtung haben die Herren vom Zentralverband Deutscher Fabrikanten offenbar nicht und sie sind damit auch auf dem richtigen Wege, denn nach allen Erfahrungen brauchen sie nicht zu fürchten, daß sie in den Mäßen eines solchen Gesetzes hängen bleiben würden.

Landmann sagt ganz mit Recht, daß das Verbot des Streikpostens nichts anderes heißt, als für die Unternehmer Partei nehmen. Trotzdem kommt auch er dazu, der Entfaltung von politischen Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen das Wort zu reden. Er hält nicht nur das Aufgebot großer Polizeikräfte für notwendig, sondern will auch den Polizeibehörden das Recht geben, von sich aus auf dem Verbot des Streikpostens das Verbot des Streikpostens zu erlassen, wenn „ein Streik ausgedehnt und nach Lage der Umstände und der Beschaffenheit der Verhältnisse eine Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung zu befürchten ist“. Das hieße natürlich nichts anderes als das auch von Landmann als berechtigt anerkannte Ausstellen von Uebertretungspunkten durch die Polizei verbieten zu lassen. Frgend eine Garantie, daß die Verbote tatsächlich nur zur Aufrechterhaltung der Sicherheit für Personen und Verlebe erlassen würden, bietet doch die deutsche Polizei nicht. Und überdies sind doch die bestehenden Gesetze schon genug, um wirkliche Bedrohungen und Mißhandlungen „Arbeitswilliger“ durch Streikposten, wenn sie sich ereignen sollten, zu ahnden.

Endlich empfiehlt Landmann, die Gewerkschaften für die Schäden, die Arbeitswilligen durch Hinderung an der Arbeit entstehen, abzurufen, was sehr zu machen. Das würde den Herren „Arbeitswilligen“ passen, sich unter allerlei nützlichen Vorwänden von der Gewerkschaft, der sie geschadet haben, wo und wieviel sie nur können, unterhalten zu lassen.

Als wirksamstes Mittel zur Aufrechterhaltung des gewerblichen Friedens bezeichnet Landmann die starke Rüstung bei der Zeit, die keinem gestattet, einen Kampf mehrwöchig vom Zaune zu brechen. Die Gewerkschaften trifft der Vorwurf, müßig Streiks zu veranstalten, nicht. Die Arbeiter mühen aber der Mahnung folgen, sich zu rüsten, das heißt ihre Organisationen durch Ausdehnung und innere Kräftigung immer schlagfertiger zu machen.

Stilllegung der königlichen Hütte Gleiwitz.

Wir erhielten folgende Zuschrift:

Nach einer Entscheidung des Handelsministers sollen auf Vorschlag der Werksleitung zunächst zum 1. April 1913 die Kesselschmiede und Eisenkonstruktionswerkstätte sowie die Maschinenfabrik der königlichen Hütte Gleiwitz stillgelegt werden, denen dann nach und nach sämtliche Betriebe mit Ausnahme der Stahlgießerei folgen werden. Die Hütte, die von Friedrich dem Großen errichtet wurde, hat dadurch historische Bedeutung erlangt, daß in ihr im Jahre 1813 die Ringe „Gold gab ich für Eisen“ und das Eisene Kreuz gegossen wurden. Jetzt will man dieses Werk stilllegen; dadurch würden allein in den beiden erwähnten Abteilungen etwa 200 Arbeiter und 25 Angestellte, die mit ihren Angehörigen weit über 1000 Menschen ausmachen, hocklos.

Ist die Stilllegung notwendig? Wie wir von zuverlässiger Seite hören, steht es fest, daß die Kesselschmiede, Eisenkonstruktionswerkstätte und Maschinenfabrik rentabel gearbeitet und sehr beträchtliche Ueberschüsse erzielt haben.

Wenn sich trotzdem der Minister von der Unrentabilität hat überzeugen lassen, so ist dies zum Teil auf eine recht eigenartige Generalaufstellung, die auf der Hütte vorgenommen wird, zurückzuführen. Seit Juli 1908 ist der im Jahre 1905 mit einem Kostenaufwand von über 100 000 M. umgebaute Hochofen stillgelegt, für dessen Abschreibungen die übrigen Betriebe recht erhebliche Mittel aufbringen müssen. Die Generalaufstellung des Wertes in Höhe von rund 300 000 M. in Verbindung mit den Abschreibungen für den Hochofen und andere ähnliche Kosten belaufen aber durch diese Art der Verteilung auch die rentablen Betriebe, so daß durch diese völlig verkehrte Bilanz ein falsches Bild von der Leistungsfähigkeit derselben gegeben wird.

Zwecks Erreichung der Rentabilität der Gleiwitzer Hütte bewilligte zu Anfang dieses Jahrhunderts der Oberbergshauptmann 600 000 M. Von dieser Summe sind allein über eine halbe Million Mark verbraucht worden, um die Vorschläge des Röhrengießereileiters auszuführen. 1904 errichtete man unter erheblicher Ueberschreitung des Voranschlags mit einem Gesamtkostenaufwand von über 400 000 M. eine moderne Röhrengießerei. Da aber das im alten Hochofen erzeugte Eisen nicht besonders brauchbar gewesen, baute man mit 100 000 M. Unkosten den Hochofen um, der dadurch aber keineswegs modern wurde, denn zum Beispiel mechanische Beschickung, Gichtgasverwertung u. d. m. fehlen auch heute noch. Das erzeugte Roheisen war, da es obendrein noch auf dem 200 Meter weiten Transporthalbe, dementsprechend und man erzielte ungewöhnlich viel Abfälle. Die Sache hatte sich gebessert, aber jetzt heute sollen, wie wir hören, bis zu 70 Prozent Abfälle vorkommen. Bei der Generalaufstellung im Juni 1908 ordnete dann der Oberbergshauptmann die Stilllegung des Hochofens an. Es wäre richtig gewesen, das Uebel an der Wurzel zu fassen und die Röhrengießerei, die mit einer jährlichen Unterbilanz von über 300 000 M. arbeitet, stillzulegen; weiter hätte man auf der Seelöhnte die Neubildung des Daches kurz vor der Betriebsstilllegung unterlassen sollen!

Wenn die Kesselschmiede und Eisenkonstruktionswerkstätte trotzdem rentabel gearbeitet haben, so verdienen die Leiter dieser Abteilungen und deren Personal alle Anerkennung. Statt dessen setzt man ihnen den Stuhl vor die Tür und legt diese Abteilungen still. Die gesamte Öffentlichkeit darf diesen Vorgängen nicht gleichgültig gegenüberstehen, da es sich bei der Entscheidung des Ministers um das Geschick von über 3000 Menschen handelt.

Die Angestellten und Arbeiter der stillzulegenden beiden Betriebe haben sich daher in verschiedenen Eingaben an den Minister für Handel und Gewerbe, die zuständige Kommission des Landtages und an einzelne Fraktionen geäußert, um eine Verhinderung der Entscheidung des Ministers zu veranlassen; es ist zu erwarten, daß die Bemühungen der Angestellten und Arbeiter um die Sicherung ihrer Existenz nicht erfolglos bleiben werden.

Sollte trotzdem die Stilllegung beschlossen bleiben, so hat die Direktion die Pflicht, die Angestellten und Arbeiter, die doch an den Stilllegungen schuldlos sind, in anderen staatlichen Betrieben unterzubringen oder für Übernahme in die Privatindustrie Sorge zu tragen, was bei den engen Beziehungen der Behörden mit den obersteinsten Großindustriellen nicht schwer fallen dürfte.

Gesellschaftsreisen nach Selgoland.

Von der Hamburger Ortsverwaltung unseres Verbandes wird uns geschrieben:

In Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung brachten wir unter obiger Ueberschrift eine Warnung, bei Abschlüssen von Selgolandsreisen betreffend der Reisebureau als erst mit uns in Verbindung zu treten. Da nun ein Teil Verwaltungsstellen schon Abschlüsse für dieses Jahr getroffen haben, werden wir ersucht, Aufklärung zu geben, welches Reisebureau von uns empfohlen werden kann. Wir geben hiermit bekannt, daß wir das Reisebureau Wagner, Hamburg, Behldorfsstraße 15, II empfehlen können. Dieses Reisebureau hat verschiedene Selgolandsfahrten für Arbeiterkorporationen zur Zufriedenheit aller Teilnehmer arrangiert, so unter anderem Dresden, Metallarbeiter 1911, zweimal, Wandsbörfer Kartell 1911 und 1912 und andere mehr. Für alle übrigen hier am Orte etablierten „Reisebureaus“ lehnen wir unseren Kollegen gegenüber jede Auskunft ab, da sie uns in Bezug auf Leistung unbekannt sind.

Boykott über die Würfelfabrik von Christian Förster in Halberstadt.

Wie die Boykottkommission mitteilt, sind nunmehr in sämtlichen Halberstädter Würfelfabriken die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Hilfe des Fleischerverbandes geregelt. Nur die Fabrik von Christian Förster macht eine Ausnahme. Der Boykott der Fabrikate dieser Firma bleibt bestehen. Wir verweisen auf die ausführlicheren Bekanntmachungen in der Tagespresse.

Christlich-katholische Liebe gegen einen Verbandskollegen.

Der Kollege Bruno Leandowski, Former, zu Thorn, starb am 20. Januar. Vor seinem Tode erkrankte, wie bei den Katholiken üblich, auf Veranlassung der Mutter Leandowskis der Pfarrer Mansella von der Marienkirche und wollte unsern Kollegen das Sterbesakrament verabfolgen. Letzterer wies trotz seiner schweren Krankheit (chronische Nierenentzündung) dem Seelsorger die Tür. Erbat über solchen verstorbenen Einder ordnete der gute Herr an, für den Verstorbenen ein Grab auf dem Kirchhof Thon-Moder zu kaufen, jedoch mehrere hundert Meter von allen übrigen Gräbern entfernt, in einer Ecke am Jaur. Darüber waren alle, die dem Verstorbenen das letzte Ehrengeleit gaben — ungefähr 100 Arbeiter und Arbeiterinnen — empört über solche christliche Anordnung. Aber so wollte es der Vertreter des großen Nazarenus, der da predigte: „Liebet Eure Feinde.“ Die Freunde des Verstorbenen aber, die ihm das letzte Geleit gaben, wissen, daß der Verbliebene der Menschheit mehr gebiet hat, als manch frommer Diener in Christo; denn er stand in der vordersten Reihe der Partei und der Jugendbewegung, auch war er ein treues Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Datum ehren wir sein Andenken.

„Christliche“ Kampfstärke.

Eine Musternummer hat der „Christliche“ Deutsche Metallarbeiter in Duisburg mit seiner Nr. 6 wieder herausgebracht. Aber die Differenzen bei Bosh in Stuttgart bringt er eine Notiz unter der Überschrift: „Ein sozialdemokratischer Großindustrieller wirft sozialdemokratische Metallarbeiter auf das Pfahle.“ Wir hätten nichts dagegen, wenn das „Christliche“ Blatt mit seiner Notiz die Verwerflichkeit der Entlassungen beurteilen wollte, wie das der Deutsche Metallarbeiter-Verband getan hat. Aber das will es nicht. Es will vielmehr die Sozialdemokratie diffundieren, indem es ihr einen Großindustriellen an die Rockschöße hängt, der nie Sozialdemokrat war. Es will die Handlungen des Großindustriellen Bosh mit der Sozialdemokratie identifizieren oder gar für dessen Handlungen die Sozialdemokratie verantwortlich machen. Das tut das „Christliche“ Blatt, trotzdem die Frankfurter Zeitung, die doch wohl vom „Christlichen“ Blatt gelesen wird, klipp und klar geschrieben hat, daß Bosh niemals Sozialdemokrat war. Das Manöver des „Christlichen“ Blattes ist aber zu durchsichtig; man will auch, indem man Herrn Bosh zum Sozialdemokraten stempelt, die Tatfache entschuldigen, daß in Wenden katholische Unternehmer katholische Arbeiter ausgeperrt haben. Unmögliches „Christen-Blatt!“ Dein Verband hätte dem „Sozialdemokraten“ Bosh doch die ersten Streikbrecher geliefert, wenn es zum Streik gekommen wäre!

Dieselbe Notiz, die das „Christliche“ Blatt über Bosh bringt, brachten auch die Blätter der Scharfmacher. Beide — die Scharfmacher und die „Christlichen“ — gehören auch zusammen: Scharke und Knechte! Und wie die Scharfmacherblätter den Beweis dafür schuldig bleiben, daß Herr Bosh Sozialdemokrat sei, so schweigt sich auch das „Christliche“ Blatt darüber aus.

Wir hatten in Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung in dem Bericht über die Feuerbader Verammlung eine Erklärung eines christlich organisierten Arbeiters veröffentlicht, in der durch Namensunterzeichnung bestätigt ist, daß der Betreffende vom „Christlichen“ Metallarbeiterverband als Streikbrecher nach der Ludwigsburger Firma „Sanitaria“ vermittelt worden war. Der Name des Arbeiters war mit den Buchstaben „H. B.“ angegeben. Darüber enträthelt sich das „Christliche“ Blatt nur, spricht von einer Fälschung und sagt, es könne sich nur um einen Arbeiter namens Joseph Hirsch handeln. Ist das „Christliche“ Blatt wirklich so einfältig und dumm, uns zuzumuten, ihm den Namen des Arbeiters preiszugeben? Es möchte das mit allen Mitteln erzwungen, aber es hat damit kein Glück. Selbst das Mittel des „Christlichen“ Bezirksleiters Engler von Stuttgart, der in der „Christlichen“ Metallarbeiterversammlung am 18. Januar erklärte, „wenn man den vollen Namen statt der Buchstaben H. B. eingeseht hätte, dann wäre damit dem Staatsanwalt Material über das Thema Urkundenfälschung geliefert worden“ — selbst dieses Mittel zieht bei uns nicht, weil wir wissen, daß die „Christlichen“ sofort über diesen Mann herfallen würden, wie sie über Anton Weber hergefallen sind. Uns genügt der zweifelsfreie Wortlaut der Erklärung und die Namensunterzeichnung des damals christlichen Mannes. Diese haben wir in Klugenschein genommen.

Wir geben zu, daß die „Christlichen“, die in Wenden bis über die Ohren in der Lüge liegen, nach Möglichkeit suchen müssen. Das entschuldigt aber nicht ihr schamloses Verleumden, noch weniger ihre offensichtliche Kesselfälschung und Dummheit. Das besetzt an ihrer Situation nichts. Auch nicht, wenn sie den Anton Weber, der sich ja nun als echtes Fleisch von ihrem Fleisch erweist, noch hundert Erklärungen über seine „Auffassungen“ abgeben lassen.

Tatsachen kann man mit „Auffassungen“ nicht aus der Welt schaffen. Es ist auch kein Wunder, wenn das „Christliche“ Blatt außer Rand und Band ist: es hat sich auch gegen die Hirsch-Dunderscher zu wehren, die den „Christlichen“ nachgewiesen haben, daß sie in Stolberg der Lügen in echt „christlicher“ Weise gegen ihre Verbündeten handelten. Der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat aus diesem Anlaß den Vertrag kündigt, durch den 1911 ein schwarz-blauer Gewerkschaftsbund gebildet worden war. Die „Christlichen“ müssen es in Stolberg also besonders arg getrieben haben.

Vom Husland.

Frankreich.

wd. Die „Krise des Syndikalismus“, die schon seit einigen Jahren im französischen Gewerkschaftsleben konstant wird und auf deren Vorhandensein auf dem letzten Gewerkschaftstages von Vertretern aller Richtungen hingewiesen wurde, bildet gegenwärtig wieder das Thema öffentlicher Polemiken zwischen den führenden Syndikalist. Um den Reiz der Metallarbeiter-Zeitung an objektives Bild von den verschiedenen Meinungen über die Ursachen dieser Krise zu geben, bringen wir in wörtlicher Uebersetzung die hauptsächlichsten Stellen aus den bisher veröffentlichten Artikeln.

Griffuehles, der frühere Sekretär der Konföderation und einer der Geburtshelfer des revolutionären Syndikalismus in seiner Organisationsform als auch in seinem Zueingehalt, begann die Polemik mit zwei Marmarsteinen in der Bataille syndicaliste. Den äußeren Anlaß dazu gab die Wahl des neuen Sekretärs des Pariser Gewerkschaftskartells, des Kameraden Bled, der gleich nach erfolgter Wahl infolge heftiger Angriffe anarchofischer Delegierter sofort wieder demissionierte. Dieser äußere Anlaß ist durch aus persönlicher Art und hat mit der Krise an sich nur zufällige Berührungspunkte.

Schon seit einigen Jahren wird von einer besonderen Art revolutionärer Syndikalisten ein heftiger Kampf gegen die Syndikalistischen Mitglieder der Freimaurerlogen geführt und Hand in Hand damit ging ein systematisches Unterwühlen des Vertrauens in die gewerkschaftlichen Führer. Die „Mittelverderblichkeit der Funktionäre“ nach etwa zweijähriger Tätigkeit, ihr automatisches Remplagieren (Ersetzen), damit möglichst viele einmal „Führer“ werden können, wurde bis zum Wahnsinn propagiert, so daß in manchen Kreisen der Pariser „fortgeschrittenen“ Arbeiter das ganze Interesse an der Organisation sich auf diese zwei Punkte konzentrierte. Diesen Geisteszustand konstatiert Griffuehles und führt dabei folgendes aus: „Während dringende und schwierige Probleme sich

anhäufen... interessiert man sich in Arbeiterkreisen mit leidenschaftlichem Interesse für kleine Fragen. Und für viele erschöpfen sich darin das ganze soziale Problem. Ob du deine Pflicht erfüllst, ob deine Fähigkeiten sich zu demselben Maße eignen, ist dabei nebensächlich. Die Prinzipien wollen, daß du durch 2 oder 3 automatisch erlernt wirst. Ob dein Nachfolger es besser oder schlechter macht, ist ebenfalls nebensächlich. Du hast deine Zeit abgeben und beschaffst dich schnell, daß du fortkommst. Es herrscht in den sozialistischen Kreisen ein bedauerlicher Geisteszustand, eine vollständige Unwissenheit über die Notwendigkeiten unserer Aktion. Eine außerordentliche Konfusion liegt über den Gemütern und die sozialistische Idee hat an Kraft und Unerblichkeit verloren. Unsere Gewerkschaftsbewegung macht eine Krise durch, die für sie sehr verhängnisvoll werden kann.

Woher kommt das, und was sind die Ursachen dieses Zustandes? Nach Griffling's folgendes: „Es ist die Unfähigkeit unserer Organisationen. Die Verbände, die bisher zu sehr für die Konföderation arbeiteten, haben sich zurückgezogen, um ihre eigene Kraft zu stärken. Aber soll sich daraus entwickeln, daß die Tätigkeit für die eigene Organisation auf Kosten der Aktivität der Konföderation geht? Dies würde die Basis der Konföderation selbst untergraben und die Bewegung auf das korporative Terrain verlagern. Nach Griffling's Meinung sollen also die Gewerkschaften, statt in ihren Verbänden Mitglied zu werden und die eigene Organisation zu stärken, durch den Kanal der Konföderation allgemeine Propaganda treiben. Dies entspricht vollständig den Anschauungen vieler „revolutionärer“ Syndikalist, die ja viel weniger eine starke Gewerkschaftsbewegung, als vielmehr eine neue, antiparlamentarische, der sozialistischen Partei feindlich gegenüberstehende Arbeiterpartei schaffen wollen. Dieser Vorschlag zur Lösung der Krise bedeutet aber, das Pferd am Schwanz aufzukleben.

Der zweite Sekretär der Konföderation, Kamerad Dumoulin, schreibt: „Der bürgerlichen Gesellschaft die Verstaatlichung verschiedener Industrien anvertrauen, wie verschiedene uns raten, das würde bedeuten, das zu kräftigen, was zu zerstören ist. Und was würde dann aus unserem Sozialismus, der Eigenheit unserer Bewegung, in seinen kühnen Initiativen, die von der Unwissenheit jeglicher Unterordnung herrührt? In den meisten unserer Konföderationen haben die Führer in ihrer Ohnmacht die Schäden der Schwäche einzunehmen, ein wohlwollendes Auge auf die gesellschaftliche Intervention geworfen. Die Metallarbeiter für das ZehnStundengesetz, die Glasarbeiter für das Verbot der Nachtarbeit für Kinder, die Nahrungsmittelarbeiter für die Befreiung der Nachtarbeit in Maderbetrieben, die Bergarbeiter für ein ganzes Bündel gesetzlicher Reformen, die Eisenbahner und Staatsangestellten für eine Unmenge gesetzlicher Privilegien. Daher kommt die Verringerung der Effektivität der Konföderation.“

Unser Genosse Luquet, ebenfalls ein früherer Sekretär der Konföderation, bemerkt dazu: „So, gewiß, ein großes Durchschneiden der Geister herrscht in den Arbeiterkreisen. Aber es ist mehr bei den führenden Kameraden vorhanden als bei der Masse. Bei dieser Konfusion ist mehr eine große Gleichgültigkeit oder eine große Zurückhaltung. Aber haben diese Gleichgültigkeit oder Zurückhaltung nicht ihre Ursachen in der Krise selbst? Und resultiert die Krise nicht mit in der eifersüchtigen Opposition, in der scharfen Feindseligkeit gewisser gewerkschaftlicher Positionen gegenüber anderen Organisationen, die sich die Arbeiterklasse neben den Gewerkschaften geschaffen hat? Wenn man das Mißtrauen gegen den Nachbar erweckt, erlöst man das Vertrauen in sich, in seiner Umgebung, für sich selbst und das eigene Ideal wird befestigt durch die zersetzenden Stellen des Zweifels.“

Um aus der Krise herauszukommen, fordert Genosse Luquet: „Wir müssen wieder zur wirklichen gewerkschaftlichen Aktion zurückkommen. Wir müssen kämpfen für die unmittelbaren Verbesserungen unserer Arbeitsbedingungen und unserer Löhne bei Berücksichtigung unserer beruflichen sowie der industriellen Bedingungen. Dann werden, weil unmittelbar interessiert, die Arbeiter zu uns kommen und in Massen an unserer gewerkschaftlichen Arbeit teilnehmen.“

Die Forderungen der Pariser Metallarbeiter, durch die Vereinigung aller Branchenorganisationen eine starke Organisation zu schaffen, verurteilen zwei neue Manifeste Griffling's, der darin eine neue Konfusion und einen Beweis der Ohnmacht erblickt. Er schreibt: „Nach vollzogener Vereinigung werden die Kampfe der Pariser Metallarbeiter in derselben Organisation aufeinandergebrochen. Der Feindesgenosse ist neben dem Arbeitslosenmacher, der Maschinenmacher, der Schlosser, der Schmied, der Zugschrauber und der Zugschrauber, der die Arbeiterklasse in der ersten Phase der Revolution im Namen der Prinzipien des revolutionären Sozialismus. Bisher glaubte ich, daß der Sozialismus eine internationale Bewegung sei, aber nicht Konzentration. Aber es scheint, daß ich mich täusche. Ich halte aber trotzdem an meiner alten Auffassung fest. In den größten Städten muß die Branchenorganisation die Basis bilden. Darüber die nationale Föderation, die alle Branchen umschließt, also der Industrieverband, und nur in kleinen Städten, wo die Zahl ungenügend ist, eine gemeinsame Organisation für alle Branchen. Die Konfusion wird immer größer, wächst immer mehr und das Vertrauen schwindet. Aber die Prinzipien wollen doch ebenfalls, daß eine angebliche Konzentration der Unternehmer ein Witzwort von Arbeitern gegenwärtig sei.“

Hierbei möchten wir daran erinnern, daß es Griffling's war, der auf dem letzten Gewerkschaftstreffen den Genossen Renard einwog: „Gewiß, wir sozialistischen Syndikalist haben allein, aber das kommt daher, daß wir den anderen Völkern der gewerkschaftlichen Internationalen voraus sind.“ Ob dieser außerordentlich „bezeichnende“ Ausdruck, der an Selbstgefälligkeit, Anmaßung und Größenwahn wohl nur von Griffling's ausgesprochen werden konnte, noch seinen Auswirkungen über die beste gewerkschaftliche Organisationsform den Taktlosen verleiht, wollen wir ruhig dem Urteil unserer Leser überlassen. Die Ohnmacht, die er der nun zu schaffenden Organisation der Pariser Metallarbeiter prophezeit, dürfte mehr auf den gegenwärtigen Zustand der Zersplitterung angewendet sein, die aber, wie wir schon schon, seinem Ideal entspricht.

Unser Kollege Herrheim von den Metallarbeitern antwortet darauf: „Ohnmacht ist wirklich ein starkes Wort für einen Zustand, von dem Griffling's einer der hemmlichsten Charaktere ist.“ Herrheim weiß dann noch, daß die Ohnmacht der Pariser Metallarbeiter gerade in dem jetzigen Zustand besteht, und er sagt: „Griffling's Ohnmacht ist das, was ich schon oft, und diesmal zu spät, bemerkt habe. Denn er erachtet das gerade in dem Augenblick, in dem wir uns bewegen, die Konfusion zu befestigen, die zur Ohnmacht geführt hat und führt. Das, was Griffling's eine angebliche Konzentration der Unternehmer nennt, ist eine vollständige und wirkliche Konzentration, gegen die sich alle unsere Überzeugungen und Anforderungen des gewerkschaftlichen Kampfes richten. Diese Methode, die in Rom und in Paris durch Einführung einer einheitlichen Organisation mit befristeten Schritten gute Resultate erzielt hat, haben wir nun auch in Paris zur Anwendung zu bringen. Wenn der revolutionäre Sozialismus einzig in letzten Phasen für Sozialistenorganisationen bestehen soll, wenn er nur zu einer neuen Demagogie führen soll, die alle Verlagerungen rückwärts wendet, wenn er eine Art Arbeiterimperialismus darstellen soll, der über der Masse steht, wenn er diese Masse in Unwissenheit erhalten soll, damit sie zu verfallen, sie zu lieben und zu erschauern, wenn er ihre Sozialisten zu verführen soll, obgleich er sie verachtet, dann würde ich in der Tat verfallen, daß der Sozialismus ohnmächtig sei. Ja, ich sage noch mehr: Nichts könnte ihn mehr retten.“

Das dieses Manifeste gilt, hervor, daß der revolutionäre Sozialismus als gewerkschaftliche Theorie tatsächlich eine soziale Krise herbeiführt. Seine stärksten früheren Feinde begannen, durch die Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen nach

Aktion gedrängt, an seinen Grundlagen zu rütteln. Und nur Griffling's, der ebenfalls die Krise konstatiert, bleibt fest, allerdings als Feind der in der Masse, seinen eigenen Theorien treu, und sucht den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Einige Stöße erhält er dabei von Dumoulin.

Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die französische Gewerkschaftsbewegung einen Umwandlungsprozeß durchläuft, der zwar sehr langsam vor sich geht, der aber doch nach und nach die Theorie des revolutionären Syndikalismus ad absurdum führt. Die Stagnation der Mitgliederbewegung in den letzten zwei Jahren, die Niederlagen bei den verschiedenen Generalstreiks, haben die einstigen Führer dahin gebracht, praktische Gewerkschaftsarbeit zu beginnen, die das beste Heilmittel bei den anarcho-syndikalistischen Krankheiten ist. Der Kampf, den Griffling's zum Beispiel gegen eine Vereinigung der Pariser Metallarbeiter führt, hat seinen einzigen Grund in den von seinem Standpunkt sehr berechtigten Befürchtungen, daß damit dem Sozialismus die Sterbestunde zu schlagen beginnt. Daher auch seine bissigen Ausfälle gegen die Metallarbeiter.

Es wäre verfehlt, wenn nun außerhalb Frankreichs schon angenommen würde, daß die französische Gewerkschaftsbewegung auf dem besten Wege sei, in die Bahnen der anderen Länder einzutreten. Vorläufig können wir nur konstatieren, daß die Theorie des „revolutionären“ Syndikalismus in der praktischen Arbeit der französischen Gewerkschaften flüchtig über Bord geworfen wird, und daß ihr schließlich ein guter Anfang zu nennen.

Das Zentralorgan der französischen Partei, l'Humanité, erscheint seit dem 25. Januar in großem Format sechsseitig. Diese Umwandlung bedeutet einen erfreulichen und beträchtlichen Fortschritt, der für eine sozialistische Weiterentwicklung der französischen Arbeiterklasse die besten Garantien bietet.

Literarisches.

Die Unfallversicherung bei Bauxen in der Reichsversicherungsordnung. Ein Handbuch für die Praxis von Heinrich Rosenhamer, Abteilungsleiter der Bayerischen Bauernvereinsgenossenschaft. 1912, Eugen Rentzsch Verlag in München, Elisabethstraße 26. 401 Seiten. Preis gebunden 4,80 M., gebunden 5,50 M. — Der Verfasser hat unter Ausbeutung aller für die tägliche Praxis Ueberflüssigen das Wichtigste in der Bauunfallversicherung zu einem Leitfaden zusammengestellt, worin jeder, der sich aus irgend einem Grunde um diese Versicherung kümmern muß, die gewünschte Auskunft leicht finden kann. Außer der Reichsversicherungsordnung hat der Verfasser noch das reichhaltige Material an amtlichen Mitteilungen und Gerichtsurteilen benutzt, das ihm infolge seiner langen Praxis in besonders reichem Maße zur Verfügung steht. Auf diese Weise ist ein Buch entstanden, das sehr wohl geeignet ist, seinen Zweck zu erfüllen, zumal weil das Buch für solche, die sich in Spezialfälle zu vertiefen wünschen, zahlreiche Literaturhinweise bringt.

Die Bedienung und Wartung elektrischer Anlagen und Maschinen. Von Joseph Speurath. Zweite, vollständig neu bearbeitete und bedeutend erweiterte Auflage von Diplomingenieur Frz. Menge. Erster Teil: Einführung in die Grundlagen der Elektrotechnik. Mit 207 Abbildungen und einer Tafel. Zweiter Teil: Einführung in den Bau und die Wirkungsweise der Stromerzeuger. Mit 210 Abbildungen. Berlin W., Verlag von W. Krayn, 1912. 333 Seiten. Preis pro Band gebunden 2,80 M., gebunden 3,25 M., komplett gebunden 5,50 M., gebunden 6 M. — Infolge der fortwährenden Entwicklung der Elektrotechnik hat das Buch einer vollständigen Neubearbeitung unterzogen werden müssen. Es soll hauptsächlich Maschinenbau, Schaltanlagen, Motoren, Generatoren, Transformatoren u. z. zur Wiederholung und zum Nachschlagen des theoretischen Lehrstoffes dienen. Dieser Aufgabe wird es durch übersichtliche Anordnung und klare Darstellung des Stoffes gerecht. Zum besseren Verständnis sind dem Text zahlreiche fertig durchgerechnete Aufgaben eingefügt. Die sehr zahlreichen Abbildungen sind klar und deutlich.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. a. G.)

Bekanntmachung.

Dem betreffenden Beschluß der letzten Generalversammlung gemäß beruft der Vorstand hiermit die nächste Generalversammlung auf Dienstag den 13. Mai dieses Jahres nach Regensburg ein mit der Tagesordnung:

1. Wahl der verschiedenen Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
3. Rechnungsabrechnung.
4. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
5. Regelung sonstiger Angelegenheiten.

Die Wahl der Abgeordneten muß spätestens bis zum 27. März dieses Jahres vollzogen sein. Die Wahlbestimmungen, Wahlprotokolle u. z., sowie die Karten für die Abgeordneten sind an alle Filialen versandt; sollte irgend eine Filiale Veranlassung haben, sich darüber zu informieren, so ist sie sofort an die Hauptverwaltung zu wenden. Mit der Erhebung der Abgeordnetenliste muß sofort begonnen werden; dieselbe haben alle Mitglieder zu entwerfen, die zur Zeit der Ausfertigung dieser Steuer der Liste angehören, sowie auch die Mitglieder, die noch vor dem Statistenden der Generalversammlung der Liste beitreten. Weitere Bestimmungen in Bezug auf die Generalversammlung folgt.

Nach § 33 Absatz 2 des Statuts wird die Jahresabrechnung mit gegen Bezahlung von 5 S. abgegeben. Um die Auflage feststellen zu können, erheben wir die Ortsverwaltungen, halbmonatlich ihren Bedarf an Karten zu stellen. Jeder den Pflichterfüllung für die Ortsverwaltungen erfolgt der Versand nur auf Bestellung. Ferner machen wir auf die unter Abschnitt 14 Absatz 4 der Statuten gegebenen Bestimmungen betreffend die Erschließung der amnestischen, monatelich diese Karten spätestens in der ersten Hälfte des Monats April befristet werden müssen. Für rechtzeitige Lieferung kann nur dann garantiert werden, wenn rechtzeitige Bestellung erfolgt.

Die Filialen sind gütlich zu veranlassen, aus Zweckmäßigkeitsgründen wird eine neue Auflage vor der Generalversammlung abgesetzt werden.

Die Freie Volkszeitung in Göttingen brachte in ihrer Nr. 53, Jahrgang 1912, einen Artikel, durch welchen unsere Sache in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wurde. Der Redakteur wurde eine Verurteilung ausgesprochen mit dem Ergebnis um Aufnahme derselben in die Zeitung, jedoch wurde letzteres auch durch wiederholte Bemühungen nicht erreicht, unter den wichtigsten Bedenken wurde die Aufnahme verweigert. Von der Aufnahme geschäftlicher Beziehungen haben wir den Vorstand Abstand genommen.

Folgende Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln ist, wurden ausgeschlossen: F. Weichmann, 21447; F. Becker, 175963; F. Rodt, 12160; E. Bogdanowitsch, 25776; Ang. Bremer, 237794; F. Döring, 227550; H. Heist, 222377; H. Schamer, 192536; G. Göttschmann, 209506; G. Götting, 220572; Ang. Göbe, 25690; G. Göttschmann, 194516; F. Göttschmann, 192563; F. Göttschmann, 179719; G. Göttschmann, 215257; F. Göttschmann, 178258; F. Göttschmann, 227027; G. Göttschmann, 215257; F. Göttschmann, 228641; G. Göttschmann, 187924; F. Göttschmann, 219926; F. Göttschmann, 191650; H. Göttschmann, 206626; A. Göttschmann, 180541; F. Göttschmann, 231; Ang. Göttschmann, 236520; G. Göttschmann, 75639; F. Göttschmann, 182359; D. Göttschmann, 213315; Göttschmann, 206447; G. Göttschmann, 23723; Joh. Göttschmann, 185429; D. Göttschmann, 191101; G. Göttschmann, 190209; D. Göttschmann, 215673.

Hamburg, den 6. Februar 1913.

Mit Gruß
Der Vorstand.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 15. Februar:

Gräfing. Mies, Grünrodel, 1/10. Hall. Schwab. Bietler, 8 Uhr.

Sonntag, 16. Februar:

Mühlheim a. Rh. (Feilenhauer). Kneide, Deutzerstraße, 10 Uhr.

Mittwoch, 19. Februar:

Blankenburg a. S. (Feilenhauer). Kneide, Deutzerstraße, 10 Uhr.

Donnerstag, 20. Februar:

Hamburg-Altona-Gräfing-Feilenhauer. Kneide, Deutzerstraße, 10 Uhr.

Wocher. Jordan, halb 9 Uhr.

Samstag, 22. Februar:

Apolda. Vornitz, halb 9 Uhr.

Wiesbaden. Gesellschaft Feilenhauer. 8. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

Worms. Vornitz, halb 9 Uhr.

hierdurch aufgefordert, seine Adresse innerhalb 14 Tagen nach Erscheinen dieser Aufforderung an die Verwaltungen der Berlin gelangen zu lassen, damit ihm eine Aufforderung zur Rechtfertigung ausgestellt werden kann. Unterbleibt die Mitteilung, so wird ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Gräfing. Für die hiesige Verwaltungenstelle wird zum baldmöglichen Eintritt ein weiterer Beamter für die Abfertigung gesucht. Die Anstellungsverhältnisse sind die im Verband üblichen. Eine fünfjährige ununterbrochene Mitgliedschaft im Verband und guter Gesundheitszustand ist Voraussetzung. Befördert wird nur auf eine tüchtige Kraft, die mit der Entwicklung des Verbandes und seiner inneren Einrichtungen voll vertraut ist und auch die allgemeine Arbeiterbewegung kennt, reichliche Befähigung hat und durchaus schäftigkeitsfähig ist. Kollegen, die mit Erfolg schon ähnlichen Stellen bekleidet haben, erhalten den Vorzug. In diesem Falle Gehalt nach Uebereinkunft. Aus dem Bewegungsbereich muß Alter, Beruf, Dauer der Verbandsmemberschaft und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehoben werden. Eine Probezeit über das Thema: „Die agitatorische und organisatorische Tätigkeit in der Arbeiterbewegung“ ist erforderlich. Die erfolgreiche Kandidatur ist dem Verbandsrat zu empfehlen. Die Bewerbungsunterlagen sind bis zum 25. Februar 1913 einzusenden an Albert Gräfing, Giesbergstr. 36.

Salle a. G. Gemacht wurde der Kollege Heinrich Koch, Jalle. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Leipzig. (Feilenarbeiter) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Reiterstraße 32.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziselure
o Berlin C. 54, Linienstraße 83/85. o

Privat-Anzeigen.

Feilenhauer für dauernd sofort gesucht. Feilenhauer bevorzugt. (von Karl Kies, Feilenhauer, Marktstraße 10.)
Zünftiger Metallarbeiter, auf Messing-Feilen und Feilen für eingearbeitet, zum sofortigen Eintritt für dauernde Stellung gesucht.
G. Kirschner, Stuttgart, Bismarckstraße 8.

Große, sehr gut eingerichtete Feilenhauer- und Feilenhauer-Industrie-gebiert sucht wegen Vergrößerung noch für leichte, mittlere und schwere Stücke. Bewerber, bis zu 35 Jahren, denen es an dauernder Beschäftigung bei guter Behandlung gelegen ist, wollen sich unter Chiffre H. 23. 2105 bei dem Verlag d. Bl. melden. (o)

50 tüchtige Feinmechaniker,
möglichst militärfrei, in dauernde Stellung baldigst gesucht. Meldungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf an
Carl Zeiss, Jena.

Solange Vorrat reicht
ist durch alle Verwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes noch zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1913

Der Metallarbeiter-Notizkalender ist infolge seines reichhaltigen Inhalts, die gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes ein unentbehrliches Notiz- und Nachschlagewerk für alle Verbandsmitglieder, und sollte bei dem billigen Preis des Kalenders dessen Anschaffung von keinem Verbandskollegen versäumt werden.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pf. pro Stück, inklusive Porto.

Versand bis zu 10 Exempl. nur gegen Vorweisung des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag
Stuttgart, Rötterstraße 16 b.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag,
Stuttgart, Rötterstraße 16 b.